

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Drng. Gaoße 1000 n. m. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich ... K 16.—
vierteljährlich ... 48.—
halbjährlich ... 96.—
jährlich ... 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Samstag, 8. Dezember 1923.

Nr. 287.

Vor der Auflösung?

Die deutsche Reichsregierung droht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Die Maßnahme soll noch heute erfolgen, wenn sich für das Ermächtigungsgesetz, das in dritter Lesung zur Abstimmung steht, keine Mehrheit findet. Der Reichskanzler ist bereits seit Donnerstag im Besitze der Ermächtigung zur Reichstagsauflösung, doch entschied er sich im letzten Augenblick dafür, bis Samstag zuzuwarten, da noch die Möglichkeit besteht, die fehlenden fünf bis sechs Stimmen durch Herbeiführung fehlender Abgeordneter aufzubringen. Jedenfalls ist die Frage des Weiterbestandes des heutigen Reichstages in allernächster Nähe gerückt. Selbst wenn es diesmal noch gelingen sollte, die Auflösung zu vermeiden, so besteht kaum die Hoffnung, daß die nächsten Wahlen erst mit Ablauf der Funktionsperiode des Reichstages, das ist im Juni des nächsten Jahres, vorgenommen werden, denn Regierung und Reichstag sind innerlich zu sehr zerfahren und erschüttert, als daß sie noch auf längere Zeit die Möglichkeit ihrer Erhaltung auf der bisherigen Grundlage hätten. Es ist klar, daß Reichstagsauflösung und Neuwahlen in der gegenwärtigen beispiellos kritischen Lage Deutschlands für Staat und Volk von folgenschwerster Bedeutung sein müßten.

Die gegenwärtige Regierung Marx ist eine Verlegenheitsregierung bedenklicher Art. Wochenlang war es unmöglich, eine Regierung zu finden, welche die Mehrheit des Reichstages hinter sich gehabt hätte, und so mußte schließlich an die Bildung einer Regierung geschritten werden, von der man hoffte, sie werde von Fall zu Fall die nötige Mehrheit aufzutreiben imstande sein. Etüben kann sich die neue Regierung Marx aber nur auf eine Minderheit. Sie besitzt nicht das Vertrauen der Rechtsparteien, wird aber dabei auch von links mit mißtrauischen Augen angesehen. Es ist also kaum jemals eine Regierung in Deutschland auf so zitterigen Beinen gestanden, wie diese.

Nun will gerade diese Regierung vom Reichstag eine Kundgebung stärksten Vertrauens erreichen: sie verlangt die Bewilligung eines Ermächtigungsgesetzes, das wohl an und für sich wegen der gebotenen Raschheit, mit der die Regierung in der jetzigen Wirrnis der Verhältnisse Entscheidungen und Maßnahmen treffen muß, notwendig sein mag, das aber deshalb im höchsten Grade gefährlich ist, weil es diese Regierung, die nicht das Vertrauen der Mehrheit besitzt, vom Reichstage unabhängig machen würde. Die Folge wäre zweifellos, daß die Regierung mit Ausschaltung des Reichstages zu regieren suchen würde. Nun will sich aber das Ermächtigungsgesetz nicht nur auf neue Steuergesetze beschränken, es soll auch den Beamtenabbau und die Arbeitszeitverlängerung in Angriff nehmen. Dieses Recht, einer so gut wie jeder Verantwortung entbundenen Regierung erteilt, würde zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Vom Beamtenabbau würden, da alle Ministerien sich in den Händen der Reaktion befinden, gewiß vorwiegend republikanisch gesinnte Beamte getroffen werden. In noch ärgerer Weise würde die Ermächtigung betreffend die Arbeitszeitverlängerung sich geltend machen. Es muß erwogen werden, daß die Unternehmer in Deutschland, besonders im Ruhr- und Rhein-gebiet, unter Ausnutzung der schweren wirtschaftlichen Krise zum Sturmangriff gegen den Achtstundentag übergegangen sind, es würde daher das Ermächtigungsgesetz nur einer Unterstützung des Vorstoßes der Unternehmer gegen den Achtstundentag gleichkommen.

Es hält daher schwer, zu glauben, daß die Arbeiterschaft und die Republik, von der heutigen Regierung etwas Erspriechliches zu erwarten hat. Nicht einmal im bürgerlichen Lager dürfte man die Ueberzeugung haben, daß die Regierung Marx jene starke Hand darstellt, welche notwendig ist, um die gigantischen Aufgaben, vor welche sich das Reich gestellt sieht, zu bewältigen. Daher muß jedes Opfer,

Sieg der englischen Arbeiterpartei.

Die konservative Regierungspartei entscheidend geschlagen. — Vor einer Neuorientierung der englischen Außenpolitik.

London, 7. Dezember. Bei den Wahlen, deren Gesamtergebnis bis auf 20 Sitze bereits vorliegt, ist die Regierung gegenüber der Gesamtheit der Oppositionsparteien in die Minderheit geraten. Es wurden gewählt: Konservative 255, Liberale 144, Arbeiterpartei 184 und Unabhängige 12. Insgesamt also 595. Im bisherigen Parlament hatten die Konservativen 346, die Liberale 117 und die Arbeiterpartei 145 und die Unabhängigen 7 Sitze inne. Die Regierungspartei hat somit 90 Sitze verloren.

Soweit bekannt geworden ist, befinden sich unter den Gewählten: der Führer der englischen Arbeiterpartei Genosse Ramsay Mac Donald, ferner die Genossen Clynes, Thomas, Lawrence (Chefredakteur des Zentralorgans „Daily Herald“) und Genossin Lawrence (die erste Arbeiterabgeordnete im Unterhause!), zwei Söhne des unterlegenen Genossen Henderson, Ministerpräsident Baldwin, die erste bürgerliche Abgeordnete Lady Astor, der frühere Ministerpräsident Asquith, Handelsminister Philipp Lloyd und Generalstaatsanwalt Douglas Hogg.

Durchgefallen sind: das frühere Mitglied des Kriegskabinetts Churchill (einer der geschäftigten Arbeiterseinde), Ackerbauminister Sanders (dieser prophezeite noch Dienstag eine Niederlage der Arbeiterpartei und schätzte die Zahl der Arbeitermandate auf 78!), der Parlamentsekretär der Admiralität Boyd Carpenter, der Kommunist Sallaballa.

Eine Niederlage Poincarés.

Paris, 7. Dezember. Die Pariser Mitteilungsblätter verzeichnen nach den vorliegenden Meldungen über die englischen Wahlen als vorläufiges Resultat die Folgerung, daß die Konservativen nicht mehr die Regierung behaupten können. Auch wenn die letzten Ergebnisse der konservativen Partei einige Siege bringen werden, werde die absolute Mehrheit für die Befürworter des Baldwin nach französischer Auffassung nicht mehr zu erlangen sein. Die französische Presse tröstet sich über diesen Schlag für die Politik Poincarés mit der Erwägung, daß die englischen Wahlen weniger durch Außenpolitik beeinflusst worden sind als durch den Kampf zwischen Schutzoll und Freihandel.

Paris, 7. Dezember. Der „Temps“ schreibt zu der Niederlage Baldwin: Die englischen Wahlen sind gegen die Politik Baldwin ausge-

fallen, weil die äußere Politik Lord Curzon der Regierung Baldwin geschadet hat. Es war ein Fehler der englischen Regierung, den Widerstand Deutschlands im Ruhrgebiet zu ermutigen. Minder der Solidität der Entente gibt es keine Hilfe für das Inselreich. Der Vortitel des „Temps“ schließt aber aus dem Wahlergebnis in England zwei Folgerungen: Erstens, die englischen Wahlen von 1918 haben den Wahlen der übrigen Ententestaaten den Stempel des nationalen Charakters gegeben. Wenn die englischen Wahlen von 1923 eine neue Wendung der politischen Richtung ankündigen, dann wird die Festigkeit der unauflösblichen Entente durch die Festigkeit der Regierungen pariert werden müssen. Zweitens, die französische Regierung hat die Aufgabe die Entente cordiale zu schützen und die Fundamente für eine Verständigung mit England vorzubereiten. Frankreich muß bereit sein, mit einer anderen englischen Regierung zu verhandeln, wenn diese andere Regierung geschaffen ist.

das der Erhaltung dieser Regierung gebracht wird, von sehr problematischem Werte sein. Wohl ist es wahr, daß die Regierung Marx die letzte sein wird, welche dieser Reichstag hervorzubringen vermochte, und ebenso wahr ist, daß am Ende dieser Regierung neue Kämpfe stehen. Doch alles spricht für die Annahme, daß diesen Kämpfen nicht mehr ausgewichen werden kann. Sie müssen, früher oder später, ausgefochten werden, wobei es zweifelhaft ist, ob ein späterer Termin der Sozialdemokratie günstiger sein wird, denn jedes Nachgeben, jedes Opfer, dargebracht, um den Kampf aufzuschieben, trägt nur dazu bei, die ohnehin geringe Kraft der Arbeiterschaft durch die Steigerung der Verwirrung und Uneinigkeit noch mehr zu schwächen. Dennoch hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Mehrheit beschlossen, dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung zu geben. Der Beschluß zu dieser Zustimmung wurde mit 73 gegen 53 Stimmen beschlossen, welche verhältnismäßig geringe Mehrheit zur Kennzeichnung der Uneinigkeit innerhalb der Fraktion ausreicht. Gewiß ist die Lage, in die sich die sozialdemokratische Partei versetzt sieht, eine äußerst schwierige und komplizierte, und es kann nicht bestritten werden, daß die Fraktionsmehrheit auch manche politische Argumente für sich hat. Aber die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz kann in ihren Auswirkungen für das deutsche Proletariat so tragische Folgen haben, daß es mehr als fraglich ist, ob diese Folgen durch politische Erwägungen aufgewogen werden können. Die Mehrheit der Fraktion begründet ihre Entscheidung damit, daß sie darauf hinweist, durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes hätte die Partei die letzte Möglichkei-

verloren, auf die zu erlassenden Verordnungen Einfluß zu nehmen, da die Regierung dann den Reichstag vertagen und die nötigen Verordnungen auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassen würde. Aber einschneidend kann diese Einflußnahme auch beim Ermächtigungsgesetz nicht sein, die erwarteten Verordnungen werden in jedem Falle eine Lebensbedrohung der Arbeiterschaft bilden. Wenn schon eine verkappte Rechtsdiktatur unausweichlich erscheint, dann lieber gleich eine offene, ohne und gegen die indirekte Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an ihr. Besser auch den Kampf gegen die Rechtsdiktatur von außen zu führen, als der wenig aussichtsreiche Versuch, ihr von innen Konzessionen abzurufen.

Wie wenig ratsam die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war, geht schon jetzt aus der Tatsache hervor, daß seine Annahme trotzdem nicht gestrichelt ist, und der Reichstag dennoch vor der Möglichkeit seines Endes steht. Auch für die nächste Zeit ist die Gefahr, daß der Reichswagen an einem Felsstein zerschellt, alles eher, denn gebannt. Es liegt uns ferne, unseren reichsdeutschen Genossen Ratschläge geben zu wollen, und wir verkennen nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich ihnen entgegenrücken. Wir halten nur für unsere Pflicht, vor unseren Genossen aus unserer Ueberzeugung kein Geht zu machen, daß die Politik der Mehrheit der deutschen Reichstagsfraktion geschichtlich zum Scheitern verurteilt ist. Trotzdem erfüllt uns auch die Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie aus Irrungen und Wirrungen heraus, die Waffen finden wird, das deutsche Proletariat gegen die Anschläge der Reaktion zu schützen!

Die Komödie Präsel.

Der Antrag unserer Genossen im Senat auf Untersuchung der Spiritusaffäre durch einen parlamentarischen Ausschuß wurde bekanntlich mit der Begründung abgelehnt, daß die Angelegenheit die Gerichte beschäftigen, und daß diese Klarheit in die Sache bringen werden.

Wie sieht nun der Fall in Wirklichkeit? Ein gewisser Pretl erhob im Bisherigen nationaldemokratischen Blatte, dem „Gesetz denn!“ die Beschuldigung, der Präsident des Senates, Präsel habe in seiner Eigenschaft als Präsident der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien den sozialistischen Parteien zehn Millionen Kronen gegeben, um sie von einer Opposition gegen die Regierungsverordnung, mit welcher die Bewirtschaftung des Spiritus geregelt wird, abzuhalten. Auch nachdem Präsel im Zehnerausschuß der Koalition erklärt hatte, er habe niemals Geld einer sozialistischen Partei oder einem einzelnen Angehörigen dieser Partei gegeben, wiederholte Pretl die Beschuldigung und erklärte sich bereit, die Wahrheit seiner Beschuldigung zu beweisen. Wir haben nichts davon gehört, daß Präsel gegen Pretl oder den „Gesetz denn!“ oder eines der Blätter, welche die Beschuldigung nachgedruckt haben, die Ehrenbeleidigungsklage erhoben hätte.

Ganz nebenbei, in höchst verschwommener Weise wurde gesagt, Pretl habe eine den Fall betreffende Strafanzeige überreicht. Untersuchen wir, ob diese Strafanzeige ihren Zweck erreichen kann. Unser Strafrecht behandelt die Bestechung nur in den Paragraphen 104, 105 und 311. In allen diesen Fällen handelt es sich aber nur um Geschenkannahme in Amtssachen und um Verleitung zum Mißbrauch der Amtsgewalt. Die Bestechung ist nur strafbar, wenn sie an einen Beamten verübt wird. Nur der Beamte, der ein Geschenk annimmt, und derjenige, der einen Beamten durch Geschenke zu einer Parteilichkeit oder zur Verletzung der Amtspflicht zu verleiten sucht, verfallen der Strafe. Darum geht es aber im vorliegenden Falle gar nicht. Weder die sozialistischen Parteien, noch deren Angehörige sind Beamte, üben ein Amt aus. Ihre Bestechung ist nach dem Strafrecht überhaupt nicht strafbar. Die mysteriöse Anzeige, von der soviel gesprochen wird, und die der Vorwand zur Ablehnung des Antrages auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission war, kann nicht zum Ziele führen, und die ganze Öffentlichkeit wird nachher ebenso klug sein wie vorher.

Das wußte Präsel selbstverständlich genau und die Abschiebung der Affäre auf das Geleise der gerichtlichen Untersuchung bedeutet nichts anderes, als ein Vertuschen der Sache, wobei man darauf baut, daß die alles heilende Zeit auch die Korruptionsgeschichte, wie so viele andere, in Vergessenheit geraten lassen wird. Darin werden sich die Herrschaften aber irren. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, ehe nicht volle Klarheit geschaffen wird. Noch so desidierte Erklärungen Präsel's können Niemanden befriedigen. Der Angeklagte leugnet, das ist sein gutes Recht. Auch der Verzicht Präsel's auf eine der beiden Stellen ist kein Ausweg. Schon deshalb nicht, weil wir annehmen, daß Präsel, auch wenn er auf eine Stellung in der Spiritusgenossenschaft verzichtet, es verstehen wird, sich den mit dieser Stellung verbundenen Einfluß und das Einkommen — man spricht von mehreren Hunderttausend Kronen jährlich — zu sichern. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wir glauben den Erklärungen der tschechischen Sozialdemokraten, daß sie nichts bekommen und nichts genommen haben. Es besteht nicht der geringste Zweifel an der Wahrheit dieser Behauptung bei uns. Aber damit ist die Frage, was mit den ungezählten Millionen geschehen ist, nicht beantwortet. Die politische Moral erfordert vollständige und eindeutige Klärung. Herr Präsel irrt, wenn er das Gegenteil von der Zeit erhofft. Seine Vergangenheit ist keine solche, als daß sie unbedingt Vertrauen in eine von ihm noch so feierlich abgegebene Erklärung rechtfertigen würde. Der richtige Weg wäre der von unseren Genossen im Senat beantragte gewesen. Aber wenn es schon Herrn Präsel und den tschechisch-bürgerlichen Parteien mit ihrem deutschen nationalsozialistischen Anhängel gelungen ist, diesen Weg abzuschneiden, so bleibt noch ein anderer offen.

Wir fordern Herrn Präsel auf, sofort gegen Herrn Pretl, der die Beschuldigung erhoben, und gegen die Zeitung, welche sie verbreitet hat, die Ehrenbeleidigungsklage zu erheben und das Verfahren bis zum Urteile in seinem ganzen Umfange vor aller Öffentlichkeit durchzuführen und sich nicht mit einer leuchtenden Ehrenklärung zu begnügen. Und wenn schon Herr

Präsident, dessen Verhalten im höchsten Grade erstaunlich ist, diesem Verlangen nicht nachkommt, so richten wir an die tschechischen Parteien, insbesondere an die agrarische, deren Mitglied Präsident ist, und an die beiden sozialistischen Parteien als die zunächst Betroffenen die strikte Aufforderung, Herrn Präsident zu dieser Lage zu zwingen. Es geht nicht um die herzlich unbedeutende Person Präsident, sondern um die Ehre und das Ansehen der sozialistischen Parteien!

Die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es über die Frage der Latit bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes zu peinlichen Differenzen gekommen. Die Mehrheit der Fraktion hatte beschlossen, für das Gesetz zu stimmen, der Minderheit war es also freigestellt, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen. Das hat auch eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter getan. Ein Mitglied der Fraktion, Genosse Wilhelm Hoffmann, hat jedoch einen schweren Disziplinbruch dadurch verübt, daß er bei den namentlichen Abstimmungen gegen die eigene Partei mit den Kommunisten stimmte. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr mit großer Mehrheit beschlossen, die Fraktionsgemeinschaft mit ihm zu lösen.

Vorausichtlich wird die Fraktion morgen den unbedingten Fraktionszwang beschließen, wonach alle Abgeordneten sich dem Mehrheitsbeschlusse zu fügen haben und sich deshalb auch nicht der Stimme enthalten dürfen. Die Vorgänge in der Fraktion werden ohne Zweifel in mehreren Organisationen zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

Rücktritt der thüringischen Regierung.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Die thüringische Regierung, die nach dem Ausschcheiden der Kommunisten nur aus Sozialdemokraten bestand, ist heute zurückgetreten. In der Sitzung des Landtages machte sie den Vorschlag, die augenblicklich unbefestigten Ministerien durch Mitglieder der Regierungspartei wieder zu besetzen. Dies wurde mit den Stimmen sämtlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie abgelehnt. Darauf erfolgte der Rücktritt der Regierung.

Ein Putzlikennek ausgehoben.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Ueber die Aushebung der Berliner rechtsstehenden Putzorganisationen wird bekannt: Die Aushebung erfolgte einerseits in der Wohnung eines Oberleutnants Namens Silberbrand, andererseits im Nordwestkasino im Stadtteil Moabit, wo 55 ausgehoben wurden. Den Vorfall im Nordwestkasino führte der Feldwebel Schulz, der als Werber fungierte. Die Angeworbenen blieben in Berlin und wurden in den regelmässigen Zusammenkünften informiert. Die Beschäftigten wurden in kleineren Kommandos nach Weidenburg geschickt, unter dem Decknamen von Druschkommandos, Waldarbeitern und Forstgehilfen, mit Waffen versorgt und zum Schein mit leichten Arbeiten beschäftigt, doch hielten sie Instruktionstunden und Exerzierübungen ab. Es handelt sich um einen Ausbruch aus dem Kreise jener illegalen Formationen, die nicht nur über Weidenburg, sondern auch über andere Teile des Reiches zerstreut und bereit sind, mitzumachen, wenn der Putz losgeht.

Rahr-Bayern auf der Anflagebank.

München, 6. Dezember. Im ständigen Ausschusse des Landtages erklärte in der fortgesetzten politischen Debatte der Demokrat Müller, die Tatsache, daß Rahr nicht nur eine exekutive, sondern auch eine legislative Tätigkeit ausübe, sei ein staatsrechtlicher Zustand, der einzig dastehende. Rahr trage auch die Hauptschuld an dem ewigen Konflikt Bayerns mit dem Reiche. Daß man in Bayern überhaupt einen Generalstaatskommissar brauche, bedeuere für die bayerische Regierungspolitik einen direkten Rückschlag vor der Politik der Straße. Das größte politische Verbrechen in Bayern, das sogar die russischen Zustände weit hinter sich läßt, sei die politische Verheerung an den Hochschulen.

An der Rede des Führers der bayerischen Volkspartei Held fiel vor allem der Ton der Mahnung und Versöhnung auf. Er verteidigte wohl das Generalstaatskommissariat, mißbilligte aber einzelne politische Maßnahmen Rahrs. Mit besonderer Schärfe wandte sich auch Held gegen die antikatolische Debe. Der Redner bezeichnete das Verhältnis zum Reiche als die Zukunftsaufgabe für die bayerische Regierung. Es werde keine bayerische Regierung geben können, die nicht eine Umgestaltung des Reiches auf föderalistischer Grundlage als die höchste Aufgabe ansehe.

Silpert (Mittelpartei) bezeichnete den im Bürgerbräu unternommenen Versuch einer Abspaltung der Reichsregierung als „eine Rarität“, seine Partei lehne es jedoch ab, Bayern als „Kolonialland“ von Berlin anzuerkennen.

Städle (Bauernbund) setzte sich dafür ein, daß das Generalstaatskommissariat keine dauernde Einrichtung werden dürfe.

Die bayerische Regierungstrife beigelegt.

München, 7. Dezember. Die entscheidende Fraktionsitzung der bayerischen Volkspartei in der über die bayerische Regierungstrife beraten wurde, fand Donnerstag statt. Da eine einheitliche Auffassung unter den verschiedenen Richtungen der Partei für eine grundsätzliche Neuorientierung der bayerischen Politik mit neuen Männern nicht zu erzielen war, ferner in der Erwägung, daß zusammen mit den Wahlen für den Reichstag im Frühjahr 1924 auch die Landtagswahlen durchgeführt werden sollen, einigte man sich dahin, daß im jetzigen Augenblicke von jedem Ministerwechsel Abstand zu nehmen sei. Die erstickteste Einheit des Kabinetts Aniling wird also für die restliche Zeit der Legislatur durch den Nachwilt der bayerischen Volkspartei wiederhergestellt.

Nach einem Monat!

München, 7. Dezember. Der Staatsanwalt beim Volksgericht München erließ heute einen Haftbefehl gegen zehn am Putz beteiligte Personen, die zur Zeit flüchtig sind, darunter gegen die bekannten Führer des Kampfbundes, Redakteur Esser vom „Völkischen Beobachter“ und den Oberleutnant Hoffbach.

Deutschlands Not.

Berlin, 7. Dezember. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages, in welcher die Aussprache über die Not des deutschen Volkes fortgesetzt wurde, trat Minister Wandorff der im Ausland verbreiteten Behauptung entgegen, daß Preußen, Deutschland oder die deutsche Landwirtschaft bei gutem Willen allein aus eigener Kraft die deutsche Bevölkerung ernähren könnten, zumal das Reich jetzt nach dem Kriege bei vergrößerter Bevölkerungsziffer der besten Ueberschußgebiete entbehre. Der Minister

erklärte, daß Deutschland eines großen Kredites und auch der Liebestätigkeit des Auslandes für seine Hungernden bedürfe.

Ershossen . . .

Eßlingen, 7. Dezember. (Wolff.) Im Verlaufe einer Demonstration, die die Kommunisten gestern abends veranstalteten, wurde bei einem Versuche, einen von der Polizei festgenommenen zu befreien, ein 46jähriger Kommunist erschossen.

Die Reparationskommission hat keine Eile.

Paris, 7. Dezember. Die Reparationskommission hat in ihrer heutigen Sitzung die Entscheidung über die Ernennung der Mitglieder der beiden Expertenausschüsse vertagt, da die Antwort der Vereinigten Staaten auf die erlangene Einladung, sich vertreten zu lassen, noch aussteht. Desgleichen hat sie mit dem Studium des Düsseldorfer Abkommens noch nicht begonnen.

Das Eisenbahnabkommen perfekt.

Berlin, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der französisch-belgischen Eisenbahnregie und des Reichsverkehrsministeriums sind zum Abschlusse gekommen. Die Reichsregierung hat die Abmachungen genehmigt, so daß sie am 10. Dezember in Kraft treten können. Der Rechtszustand wird darin nicht anerkannt. Die Regie verpflichtet sich, deutsches Eisenbahnerpersonal einzustellen, zur Wiedereinstellung der Ausgewiesenen und Verurteilten hat sie sich bisher nicht bereit erklärt, jedoch will sie alle Fälle einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. Von 180.000 Eisenbahnern, die früher im Gebiete der Regie beschäftigt waren, sind bisher 40.000 eingestellt worden. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, Beamten- und Betriebsräte ist von der Regie abgelehnt worden.

Der von der Regie benötigte Wagonpark bleibt im Eigentume des Reiches, das die Regie mit dem notwendigen Material ausrüsten muß. Durch diese Abmachungen verliert Deutschland ein Eisenbahnnetz, welches bisher 19 Prozent der Gesamtausgaben erforderte, dagegen mehr als 30 Prozent der Gesamteinnahmen erbrachte.

Vor einem Streit der Bundesangestellten in Oesterreich.

Wien, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Oesterreich steht wieder vor der Gefahr eines Streites der Staatsangestellten, der vor allem sich auf die Post- und Telegraphenangestellten erstrecken würde. Heute Vormittag hielt der Zentralausschuß der Post- und Telegraphenangestellten eine Sitzung ab, bei der die Erbitterung der Angestellten über das Verhalten der Regierung lebhaften Ausdruck fand. Nach der Sitzung versammelte sich der Aktionsausschuß der Bundesangestellten, der erklärte, daß er bis heute abends Klarheit haben müsse. Eine Einladung zu einer Besprechung war aber in dieser Sitzung des Aktionskomitees nicht eingelangt. Der Abgeordnete Genosse Hueber übernahm es, die Regierung im Namen der Gewerkschaftskommission auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Der deutschnationale Angestelltenverband hat inzwischen mit dem Minister Frank, die Christlichsozialen Bundesangestellten mit dem Bundeskanzler verhandelt, um Zugeständnisse zu erreichen. Gegenüber dem Genossen Hueber erklärte sich der Bundeskanzler bereit, um sechs Uhr abends eine gemeinsame Sitzung einzuberufen. Genosse Hueber machte dagegen geltend, daß dieser Zeitpunkt schon zu spät sei, weil bereits um

sieben Uhr Versammlungen der einzelnen Betriebe angesetzt sind, in denen ein scheidende Beschlüsse gefaßt werden sollen. Darauf erklärte sich der Bundeskanzler damit einverstanden, schon um drei Uhr nachmittags die Verhandlungen zu beginnen.

Seipel droht mit der Demission.

Wien, 7. Dezember. Die Verhandlungen mit den Beamten sind gescheitert. Die Regierung hat erklärt, daß sie die Forderungen der Beamten nicht genehmigen könne und wenn das Parlament sich nicht hinter die Regierung stelle, werde sie die Demission geben müssen.

Die Post- und Telegraphenbeamten beraten heute abend und werden auch morgen Beratungen abhalten, um sich schlüssig zu werden, ob am Montag mit der passiven Resistenz im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr eingestellt werden soll.

Ein sozialistischer Vorstoß gegen Poincaré.

Paris, 7. Dezember. In der Kammer wurde heute die Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik fortgesetzt. Erster Redner ist der Sozialist Moutet, der über die Politik der Regierung gegenüber dem Völkerbunde spricht. Er führt aus, daß die Entscheidung der Völkervereinigung in dem Streite zwischen Italien und Griechenland kein Rechtspruch, sondern eine politische Manifestation gewesen sei. Als die kleinen Völker, die im Völkerbunde vertreten sind, sahen, daß sie von Frankreich keine Unterstützung erwarten dürfen, haben sie sich England zugewandt. (Beifall.)

Poincaré: England und Frankreich waren bei der Völkervereinigung einig!

Moutet spricht auch von der Differenz zwischen Frankreich und der Schweiz über die Freizone in Savoyen. Wäre es nicht klüger gewesen, diese Frage vor das Schiedsgericht im Haag zu bringen, als die Schweiz vor eine vollkommene Tatsache zu stellen?

Poincaré: Es gibt in diesem Falle keine vollkommene Tatsache, es war eine bloße Souveränitätsfrage, aber die Verhandlungen mit der Schweiz gehen weiter.

Nach einem weiteren Dialoge über die Aufgaben des Völkerbundes kommt Moutet auf das Verhältnis Frankreichs zu England. Er bedauert, daß ein Garantievertrag nicht zustande gekommen ist.

Poincaré: Der Vertrag konnte nicht unterzeichnet werden, weil England einige unserer Bedingungen nicht annehmen wollte. Wir haben verlangt, daß der Vertrag so werden sollte, wie er vor dem Kriege gewesen ist. Ich bedauere, daß der Vertrag nicht veröffentlicht worden ist. Ich habe selbst an den König von England geschrieben, um ihn zu bitten, daß die Abmachungen unserer Länder bekanntgemacht werden sollten. Wir haben in Cannes die Erneuerung dieses früheren Vertrages nicht erreichen können, aber wir sind zu jeder Zeit bereit, die Verhandlungen wieder zu beginnen. (Beifall.)

Moutet: Schließt seine Interpellation mit einigen Sätzen, die von der Linken stark applaudiert werden, auf die Poincaré aber keine Antwort gibt. Moutet sagt: Jeder Vertrag hat eine moralische Kraft, auch wenn er kein Vertrag für künftige Kriege ist. Auf diese moralische Kraft muß das Recht des Staates bearbeitet sein, und nicht wie die jehine Regierung Frankreichs es tut, auf die brutale Gewalt der Waffen.

Abg. Bonnet interpelliert über Art. 228 und 240 des Versailler Vertrages und verlangt, daß der Artikel über die Kriegsverbrechen namentlich in Bezug auf den Kronprinzen und General Ludendorff ausgeführt werde.

Nächste Sitzung Dienstag.

Hinterm Deich.

Von Hans Fr. Klund.

Hinrich Stehr war wieder im Land. Als großspurriger Bauernsohn, der viel, viel klüger war als seine Heimat, war er fortgegangen. Mit den Erbarbeitern, mit den Polen aus dem Osten, kam er wieder.

Es war wohl gegen seinen Willen gewesen, daß er gerade in die Nähe seines Heimatortes kam, aber die Marsch, die neblige stürmische Marsch, hatte Hinrich Stehr wiedersehen müssen. Nach dem Westwind hatte er drühen im Land gebüht, nach dem weichen Westwind und den endlosen zerrissenen Regenvölkern, die der Sturm über das Land jagen konnte, als hätte er fern die Dünung aus dem Meer gebrochen und jagte und peitschte sie, noch schäumend und wogend, über den Himmel. Nach dem Länneledey hatte er gehungert, mehr noch als nach dem Brot, daß die Trupps von Galkjern, die in den Bühnen arbeiteten, wenig Genuß gebieten.

Als Hinrich Stehr vor zehn Jahren das Sand verließ, hatte sein Vater einen kleinen Hof hinter dem Seebeich. Den hatte er sich in einem Leben von fünfzig Jahren harter Arbeit lang'm, Stück für Stück, zusammengekauft und zusammengegradert.

Aber sein Junge war mit den Bühnen der großen Bauern ausgewachsen, und die wollten mühelos Geld verdienen. Die letzten Schulden auf den Hof und spielten in der Stadt mit den steigenden und fallenden Werten von Unternehmern, die sie nicht kannten. Einige wurden reich dabei, viele bettelarm. Aber das Beispiel der wenigen lockte

und Kai Stehrs Sohn wollte ohne Arbeit reich werden. Da jagte ihn der Alte aus dem Haus.

Und Hinrich Stehr ging, hoch erhobenen Hauptes, und ließ Vater und Braut zurück. Er wußte ja, wie man reich wurde, und wie man da draußen das Geld in die vollen Beutel tat. Und als er dann vergeblich klopfte und hungrig wurde, da wühlte und nagte der Trost. Der beugte ihm nicht das Haupt, aber er grub harte häßliche Falten in das stroffe Gesicht, Falten, um die seine Braut geweint und sein Vater ihm den Rücken gefehrt hatte.

Hinrich Stehr trieb sich zehn Jahre in der Welt umher und kämpfte mit dem Schicksal; und wollte er auch mitunter müde werden, immer wieder hob er trotzig den Kopf und stand gegen das Leben.

Aber der Marschbauer ist nichts für die Welt da drühen. In Schlesien, wo die Güter so groß sind wie die Wälder, hatte er gelegen; da hörte er die Werbetrommel um Arbeiter nach dem Nordseeufer. Drei Tage lang hörte er sie und drei Nächte kämpfte er mit seinem Trost. Dann nahm er das Handgeld.

Hinrich Stehr arbeitete ein halbes Jahr lang an den Brunnbütteler Deichbauern. Und wenn er an den Bühnen mit der Flut kämpfte, wurde sein Gesicht weicher und froher, und wenn die Polen und Schleier stehend und frierend abends in die Hütten krochen, dann ging er im Westwind an der Elbe entlang wie ein Deichgraf, suchte nach Schäden und trank den Geruch von Seealg und Moos, als wollte er seine Lungen und sein Blut wieder an seine Heimat gewöhnen.

Ein's Tages ließ ihn der Aufseher rufen. „Und Sie geborener Dähmarscher?“ fragte er. Hinrich Stehr drehte die Mühe in der Sand.

„Sie wissen ja Bescheid mit den Deichen, das haben wir gemerkt. Ich habe Ihnen mitzubellen, daß Sie Vorarbeiter geworden sind und mit einer Abteilung der Leute an die Melldorfer Bucht gehen sollen. Ich wünsche Ihnen Glück d-zu.“

Hinrich Stehr wurde totbleich und preßte die Mühe in der Hand, als wollte er sie zerdrücken, und dann sagte er langsam: „An de Melldorfer Bucht, Herr — dat geid nich — dat geid nich — id bin dor to Hus.“

Der Aufseher war ein warmer und ruhiger Mann. „Stehr,“ sagte er, „Stehr, mal keen dumme Tüg; wi brukt di dor und Arbeit schändet nicht.“

Der Dähmarscher wollte etwas erwidern, aber der Aufseher kam ihm zuvor: „Mensch, Stehr, wie kümmtst du ünner de Poladen?“ fragte er herlich.

Da drehte sich Hinrich Stehr um. „Lot mi to-freden, dat goit Se niks an.“

Und Hinrich Stehr arbeitete an der Melldorfer Bucht, eine Meile vom Hofe seines Vaters.

Gewaltige Steinverleudungen wurden an der Marschböschung angelegt. Vor dem Sommerdeich, der noch aus der Dänenzeit stammte, schlug die junge preussische Regierung weite Stads in das Watt hinein und drängte die Flut, die zweimal täglich gegen den Deich schlug, fremde Wege zu nehmen und den Sand, den sie aus dem Meer heraufkallte, zwischen den Werken als Neuland zu lassen.

Hinrich Stehr schaffte fast über seine Kraft. Aber er glaubte, seinen Weg gefunden zu haben, fühlte, daß mit der Arbeit in ihm etwas wuchs, wie ein Recht auf die Heimat, und er grübelte und träumte, auf diesem Neuland dereinst sein Haus zu erbauen. Nochte die Zeit auch noch so fern liegen, er wirkte in dem Gedanken, daß dieses alles sein sei, was gegen das Meer gewonnen

wurde, er kämpfte mit der blanken Hand um jeden Fußbreit Erde und fügte ihn heimlich seinem Hof bei.

Da kam im September die erste große Flut. Was Menschenhände in einem Sommer gewonnen hatten, das riß sie brausend und lachend wieder fort. Waren die eichenen Pfähle auch noch so fest in das Watt gerammt und mit Drähten und Pfählen verbunden und verankert, sie griff brüllend mit ihren harten, giftigen Händen danach und grub und wühlte zwei Tage lang, bis sie das ohnmächtige Werkzeug den Menschen wieder vor die Füße warf. „Da habi ihrs, wer ist der Stärkere von uns?“

Da wurde nach der Flut ein Teil der Männer heimgeschickt. An der Melldorfer Bucht wollte das Meer nicht liegen.

Als Hinrich Stehr hörte, daß er zurück sollte, regte es sich noch einmal mächtig in ihm.

Er war noch nicht bei seinem väterlichen Hof vorbeigekommen. In jähem Trost hatte er von früh morgens bis spät abends mit dem Meer gekämpft und seinen Unfrieden zu betäuben versucht. Jetzt, wo er zurück sollte, wo sein junger heimlicher Hof wieder drauhen im Watt unter den Fluten lag, gab er langsam nach und nahm sich vor, noch einmal am Deich entlang zu gehen, weiter als sonst, dahin, wo er durch die Nebel frühmorgens, wenn er zur Arbeitsstätte ging, die Eschentronen über den Deich hatte ragen sehen.

Als er an diesem Tage vom Werplag kam, ging er durch den nächtlichen September nach Norden. Es war gerade ein solcher Abend wie damals, da er fortgegangen war. Der salzige Wind drängte die feuchten Kleider an den Leib und fuhr ihm brausend um den Kopf, als wenn er sagen wollte: „Hinrich Stehr, besinn dich, du hast viel vor, man

Die Budgetausprache im Enatsauschuh.

In der Donnerstag-Sitzung des Budgetausschusses des Senates ergriff auch zu den einzelnen Kapiteln Genosse Jarolim zu wiederholten Malen das Wort. Er begründete einen Antrag, nach dem die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes den Mitgliedern der Nationalversammlung sofort nach ihrem Erscheinen vorzulegen wären. Er bemängelte, daß jetzt erst der Rechnungsabschluss für 1920 dem Hause vorgelegt wurde. Schuld daran sei allerdings nicht das Oberste Kontrollamt, sondern die untergeordneten Behörden. Die Regierung möge dafür Sorge tragen, daß die Gemeinden in die Lage kommen, ihre Voranschläge den unmittelbar zurückliegenden Steuervoranschlägen anzupassen. Er beantragte bei Kapitel „Pensionisten und andere Versorgungsberechtigten“ eine Erhöhung auf 800.000 Kronen und verlangte eine Gleichstellung aller Pensionisten. Er behauptete, daß im Gesundheitsministerium bedeutende Abstriche gemacht wurden und bespricht dann die Zustände in den Prager Krankenhäusern.

Er verlangte ein Verzeichnis aller jener Körperschaften, denen aus irgendeinem Titel Subventionen seitens des Ministeriums gewährt wurden und wiederholte schließlich die bereits gestellte Forderung nach gesunden und geräumigen Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung als dem besten Mittel gegen die Tuberkulose.

In der Freitag-Sitzung gab zum Kapitel „Handelsministerium“ Minister Novák eine Erklärung ab, in welcher er auf den komplizierten Apparat des Bewilligungsverfahrens hinwies. Er warnte vor einer gewaltsamen Beseitigung dieses Verfahrens, das so tief in unser Wirtschaftsleben eingreift, daß seine plötzliche Aufhebung eine bedeutende Störung für viele Produktionszweige bedeuten würde. Durch das Bewilligungsverfahren haben wir uns vor dem Valutadumping bewahrt, der sich aus den Ländern mit entwerteter Valuta gegen uns wälze und in Sinkflut werden wir uns auch noch vor dem sozialen Dumping aus Deutschland wehren müssen, wo man daran geht, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Der Minister ergeht sich dann in seinen Ausführungen über den Zollschutz. Einer der Zwecke des Zollschutzes sei die Kompensation und in dieser Richtung haben sich die Zölle vortrefflich bewährt, insbesondere beim französischen und italienischen Handelsvertrag. Ein Teil der Ausführungen des Ministers wurde für vertraulich erklärt.

Genosse Jarolim verlangte Aufklärung darüber,

warum Rumänien die Einfuhr nach der Tschechoslowakei gesperrt hat und warum das Handelsabkommen mit Holland zurückgejogen wurde.

Er tritt weiters für die Aufhebung des Bewilligungsverfahrens ein, welches nur zu einer Reihe von Unzufriedenheiten geführt hat. Wünschenswert wäre es, wenn das Handelsministerium in regelmäßigen Zwischenräumen Wirtschaftsbereichte herausgeben würde.

Zum Kapitel „Finanzministerium“ sprach Finanzminister Bečka. Er sagte u. a.: Die unerklässlichen Anleihen

könnte dir begegnen und über dich spotten.“ Aber er lachte gegen den Wind und dachte: „Ach, die lernen mich längst nicht mehr.“

Da brach langsam aus den grauen Abendwolken im Westen ein Licht. Brandige Risse sprangen in die grauen Nebelbeide und in gleichem Strahl glühte fern die untergehende Sonne. Wie ein Tor aus rotem, glühendem Gold in einem unendlichen Zuberberg. Und langsam quoll eine starke brennende Flut aus der Höhe, rann über die Kimmung und überflutete noch einmal das Abendmeer, daß es wie in roter Schuppenbräune erglühte.

Jetzt konnte er das Gehöft sehen. Alles war beim alten. Nur am Giebel glänzte das Dach veräterlich wie von frischer Strohbekleidung. Das hatte doch nicht gebrannt. Ach nein, das war vor zehn Jahren schon nicht ganz in Ordnung gewesen. Natürlich hatte Vater gewartet und gewartet mit der Ausbesserung, bis er das halbe Dach mit den Knechten mußte. Wer sollte ihm den Schlüssel helfen? Der Knecht damals konnte keine Reibhölzchen ordentlich legen. Hinrich Stehr trat noch einmal auf den Deich. Fern auf der dümmernben See ruhte der Abend. Aber es war keine goldsprühende Döhle mehr. Ein roter Streifen lag wie ein unendliches Schwert zwischen Himmel und Erde. Lieber die Wasser, unter denen sein Hof ruhte, schien der Himmel seinen richtenden Arm zu reden.

Ueber den harten ungläubigen Mann kam es wie eine große Gottesfurcht, und er wurde so weich und demütig vor dem Himmel und dem starken Meer, daß ihm plötzlich sein Wille und die ganze Arbeit des Sommers, die er um seinen Hof geleistet hatte, wie ein winziger Trost gegen unendliche Gewalten erschienen. Dann raffte er sich auf und ging zum Gehöft seines Vaters. An

immer auf dem Inlandsmarkt eingebett werden. An der Herausgabe des Gesetzes über die Sicherstellung der Einleger werde fleißig gearbeitet und die Vorlage dürfte schon nach Neujaehr dem Parlament vorgelegt werden. Der Antrag der Tabakregie sei sehr bedeutend. Dieser Umstand könne allen Steuerzahlern angenehm sein. Die Qualität des Tabaks wird besonders in Bezug auf Zigaretten auch vom Ausland als sehr gut anerkannt. Mit der Auszahlung der österreichischen Renten sei bereits begonnen worden, obwohl die Vorbereitungen schwierig waren, da die Reparationskommission diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen hat. An die Auszahlung der ungarischen Renten wird erst später geschritten werden, da der Friedensvertrag mit Ungarn erst um ein Jahr später abgeschlossen wurde, wodurch die Verhandlungen verzögert wurden. Gegenüber einer Einwendung über den hohen Kurs unserer Krone bemerkte der Minister, daß das Bankamt immer darauf achtet, daß keine plötzlichen Wertschwankungen vorkommen, weil es sich um Import- und Exportfragen handle. In Angelegenheit der Zugsteuer sei das Ministerium sehr umsichtig vorgegangen, man müsse einzelne Waren aus dem Gesetz eliminieren und andere wieder aufnehmen. Der Minister versichert, daß Waren, die nicht zum Luxus zählen, aus dem Verzeichnis eliminiert werden.

Genosse Rehl führte Klage über die harten Steuervorschreibungen und beantragt für das Jahr 1921 die Steuer bis zu 20.000 Kronen abzuschreiben.

Den Gemeinden wären von den Steuerämtern Vorschläge auf die beschlossenen Umlagen auszugehen.

Zumindest aber müsse verlangt werden, daß die fälligen Beträge den Gemeinden rechtzeitig von den Steuerämtern überwiesen werden.

Zu den Kapiteln „Post“ und „Eisenbahnministerium“ sprachen die Minister Stříbrný und Tučný.

Genosse Jarolim führte Klage über die Höhe der Posttarife, die um 20 Proz. höher sind als die anderer Länder. Unsere Post ist aber auch langsam, was sich besonders beim Telegraphen- und interurbanen Telephonverkehr fühlbar macht. Auch für das Eisenbahnministerium gilt die Tatsache, daß die Tarife zu hoch sind. Redner verlangt Aufklärung über die Wagenbestellungen in den Kofhlenrevieren.

Beim Kapitel „Ministerium für öffentliche Arbeiten“ sagte Genosse Jarolim, daß es sehr nahe läge, auf die Ereignisse, die dem Bergarbeiterstreik vorangegangen sind, einzugehen. Die mit dem Bergarbeiterstreik zusammenhängenden Ereignisse haben wohl bewiesen, daß es jenen Kreisen, die ständig vom Abbau der Kohlenpreise sprachen, zunächst darum ging, die Löhne der Bergarbeiter abzubauen. Redner verlangt, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten dafür sorgt, daß die Gestezungskosten der Kohle ständig ermittelt werden. Schließlich fordert er den Ausbau der Bergwerksinspektion. Ansonsten führte er Beschwerde über die Benachteiligung deutscher Arbeiter bei der Vergabung staatlicher Lieferungen.

Inland.

Sturmjahren im Preßburger Gemeinderat.

Die Preßburger Gemeindestube war in den letzten Tagen wiederholt der Schauplatz turbulenter Lärmjahren. Es handelte sich um einen wohl-vorbereiteten Vorstoß der Reaktion, der aber am Preßbode des sozialistischen Blocks scheiterte und in seiner Furchtlosigkeit sogar Verwirrung in die

einem Fenster war Licht. Er schlich sich leise, fast ängstlich hin und sah hinein. Da sah Marie, seine Braut, und prünte an irgendeiner alten Wade.

Ob die wohl zum Vater gezogen war und ihm den Hansstrand führte? Wer sollte es sonst auch tun! — Also, die hatte nicht geheiratet, wie er sich immer gesagt hatte. Die hatte ja wohl gedacht, daß er wiederkommen würde.

Hinrich Stehr wollte umkehren, aber ein wunderliches Gefühl zwang ihn, noch einmal zurückzugehen und ins Fenster zu sehen. Marie sah noch gerade so aus wie vor zehn Jahren, kaum etwas älter.

Wo wohl sein Vater war? Der sollte ja ganz weig geworden sein, hatte er gehört.

Marie schien unruhig zu werden. Er wollte umkehren. Da kam ein Lichtschein aus dem Stall über den Hof, und ein alter grauhaariger Mann mit einer Radspeiche in der Faust trat ihm in den Weg.

„De du, wat wist hier?“

Dann hob er die Laterne und leuchtete dem anderen ins Gesicht.

„Jung!“ — „Wadder!“

Die Laterne sank in der zitternden Hand herab. Einen Augenblick standen sich beide stumm gegenüber. Hinrich Stehr kämpfte um Gottes Trost — nur jetzt nicht nach; — um Gottes Willen jetzt nicht — und dann merkte er doch, wie sich langsam in seinem Innern etwas löste, und es war ihm, als wären sie alle die Alten, der Vater, Marie, der Deich, der Westwind, und als könnte nimmer zehn Jahre zwischen ihnen liegen.

„Is man good, dat du wedder dor bist!“ Der Alte sagte es langsam und ging an die Tür. „Kumm, Marie und ik, wi hebbt lang luert.“ — „Jo, Wadder!“

Reihen der Angreifer trug. Der christlichsoziale Gemeinderat Jarabek nannte in seiner vor der Beratung der Tagesordnung verhandelten Interpellation den Stadtrat Dr. Kovats, der die „Soziale Fürsorge“ verwaltet, den „neuersten“ Sohn der Stadt. Der christlichsoziale Gemeinderat, der bei den Wahlen auch die Stimmen der Arbeiter angeht, hat so recht seine Arbeiterfreundlichkeit gezeigt: auch die wenigen Groschen, die in Preßburg für die Sozialversicherung auszugeben werden, sind ihm zuviel! Einen zweiten Stein des Anstoßes fand Jarabek in der Siedlungsagenossenschaftsaktion unserer Partei. Es schmerzte ihn, daß diese Aktion auf der Tagesordnung der Sitzung stand und er bezeichnete sie einen „gefährlichen Blödsinn“.

Einen großen Skandal verursachte der Gemeinderat A. Tomanel, der auf der Theaterterrasse ein Politikum machte. Er würde am liebsten anstelle der Theater Volksverdummungsanstalt und Schnapsbuden errichten, denn eine Kulturstätte fürchtet dieser Pöffe, wie der Teufel das Weihwasser. Genosse Masar präziserte den Standpunkt der Deutschen in Preßburg, stellte die Forderung nach einer verlängerten Spielzeit des Deutschen Theaters und erklärte, daß die Deutschen Preßburgs auf jede staatliche Subvention für ihr Theater verzichten.

In einer zweiten Sitzung wurde die städtische Subvention für das Elisabeth-Kinderschulhaus verhandelt. In diesem Waisenhause, in dem mindestens hundertfünfzig Waisenkinder Platz hätten, unterhält Herr Slinka die Redaktion seines „Slovak“. Außerdem wurden in diesem Hause hakenkreuzerliche Studenten untergebracht und dazu soll die Stadt das Geld hergeben, denkt Herr Tomanel, denn wozu hat man eine christlichsoziale Majorität. Der Stadtrat beschloß nun, dem Gemeinderat zu beantragen, daß anstatt der Studenten im Elisabeth-Kinderschulhaus Waisenkinder untergebracht werden. Tomanel befämpfte diesen Beschluß des Stadtrates, wobei Genosse Masar dem Redner zurief: „Sollen Sie die Statuten ein und sorgen Sie für die Waisen, dann werden Sie auch die Subvention erhalten. Für politische Zwecke haben wir kein Geld!“ Da griff der A. Juriga ein, der auf der Galerie ansetzte; er rief in den Saal: „Florian (Tomanel) rede nicht mit diesen Schweinen und spud ihnen ins Gesicht.“

Juriga, schweigen Sie! Herr Abgeordneter Juriga, schweigen Sie! Hier haben Sie nichts zu reden!“

Juriga: „Rujah! Du hast hier nichts zu befehlen. Ach bin Abgeordneter.“

Bürgermeister Dr. Stanik: „Hier sind wir nicht im Parlament!“

Juriga: „Schweinehund! Glende Bagage!“

Juriga wurde nun unter großem Lärm aus dem Saal gedrängt, die von den Alexikalen besetzte Galerie geräumt und die Tagesordnung, auf der nicht weniger als 33 Punkte standen, erledigt. Unser Antrag auf Schaffung einer Siedlungsagenossenschaft wurde angenommen.

Das vortvornachtliche Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat noch eine ganze Reihe von terminierten Vorlagen zu beraten. Es handelt sich um das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung und den Arbeitslosenkredit, um die finanzielle Ausbittung für die Slowakei, um die Finanzfachschulen, um die Vorlage betreffend die Errichtung eines Postschekamtes in Brünn, um das Ermächtigungsgesetz betreffend die Handelsverträge mit dem Ausland, um das Umsatz- und Luxussteuergesetz, um das Kriegsbeschädigtegesetz, um die Genehmigung der Eisenbahn- und schifflich um das Gesetz betreffend die Baubewegung. Ueber diese letzte Vorlage wurde in der Koalition noch keine Einigung erzielt, da die bürgerlichen Parteien für die völlige Aufhebung des Gesetzes über die Baubewegung plädieren, während die sozialistischen Parteien an seiner Verlängerung festhalten.

Eine falsche Darstellung brachte der Berliner „Vorwärts“ in seinem Abendblatt vom 4. Dezember über das Verhältnis der tschechischen Sozialdemokratie zu unserer Partei. Die Notiz lautet:

Die tschechische Sozialdemokratie hat in der letzten Zeit im Parlamente wiederholt mit den deutschen Sozialdemokraten und gegen die anderen tschechischen Koalitionsparteien gestimmt. So legte im Senat, wo sie für den Antrag unserer Genossen stimmte, einen Untersuchungsausschuh für die Korruptionsbeschuldigungen gegen den Spirituarbeiter! einzusetzen. gegen den Vorsteher der Agrarierführer und Senatspräsident Prajchel ist.

Wir brauchen unseren Lesern gegenüber nicht ausdrücklich festzustellen, daß diese Darstellung in allen Teilen unrichtig ist. Damit durch solche Meldungen unsere Genossen im Ausland von unseren politischen Verhältnissen keine falsche Vorstellung empfangen, haben wir ter Redaktion des „Vorwärts“ eine Richtigstellung zugehen

Zur Nachahmung empfohlen.

Bern, 7. Dezember. (Schw. Dep. Ag.) Der Ständerat (Esterl-Kammer) beschloß, die Subvention von 65.000 Franken für die Beteiligung der Schweiz an der achten Olympiade in Paris zu streichen und einen Kredit von 50.000 Franken für die Opfer der japanischen Erdbebenkatastrophe zu genehmigen.

Ausland.

Der Bombenwurf in Bielitz.

(Von unserem polnischen Berichterstatter.)

Die deutschbürgerlichen Parteien hatten für Montag, den 3. Dezember in Bielitz in die Schichtstätte eine öffentliche Versammlung einberufen. Während der Rede des Sejmabgeordneten Pant wurde plötzlich von unbekannter Seite eine Bombe geworfen, durch welche sieben Personen schwer und 38 leicht verletzt wurden.

Der Saal wurde arg verwüstet. Die polnische Presse, die zugeben muß, daß das Attentat nur von polnischer Seite geschehen konnte, versucht das Verbrechen den polnischen Sozialisten in die Schuhe zu schieben. Diese Verdächtigung muß auch seitens der deutschen sozialdemokratischen Partei auf das energischste zurückgewiesen werden, gerade in der letzten Zeit haben sich die Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Partei, die dank der umsichtigen Führung der tschechischen deutschen Genossen in Bielitz sehr gute waren, auch in übrigen Polen sehr gebessert, so daß die Bildung eines internationalen sozialistischen Blocks in Kürze zu erwarten ist. Die Arbeiterpartei in Krakau hat nach dem Abschlagen des brutalen Kupasses der Reaktion sich wieder zur friedlichen Arbeit in die Fabriken begeben, die Schergen Korpanth und Witos wüten aber jetzt gegen die Wehrlosen. Ueber 80 Personen sind nach den Berichten der bürgerlichen Blätter bereits des Aufstandes und des Auftrahrs überwiesen und sitzen in den Untersuchungsgefängnissen. Die sozialistischen Abgeordneten Dr. Bobrowki und Stanczyk sind in namentlicher Abstimmung durch die Majorität an den Untersuchungsrichter ausgeliefert worden.

Der Vorgang der polnischen Nationalisten hat die Opposition nur enger zusammengeschweißt. Kein Tag vergeht, wo nicht von Sensationsprozessen gegen die schwarze Hand berichtet wird, die angeblich Attentate gegen die polnische Republik plant. Jetzt erst findet ein Riesenprojekt in Czestochowa statt, in welchem 32 Arbeiter kommunistischer Umtriebe angeklagt sind. In den nächsten Tagen beginnt der Riesenprozess gegen die Streikführer in Katowitz. In Tarnow und Poryslaw sind die Gefangnisse überfüllt mit politischen Gefangenen, unter diesen auch Stabsoffiziere und Anhänger Pilsudkis. — Das wirtschaftliche Bedaele, das von Tag zu Tag größer wird, schafft die Voraussetzungen und die Grundlage für diese Erscheinungen des politischen Lebens. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist auf einem Tiefstand angelangt, den sie selbst nicht in den ärgsten Kriegs- und Nachkriegszeiten erreicht hat. Aber auch ein Teil der Bauernschaft hat unter der wahnsinnigen Teuerung zu leiden. Aus der Preissteigerung und der landwirtschaftlichen Exportkonjunktur können nur die Großbauern und die Latifundienbesitzer, die Schlachzigern, ihren Nutzen ziehen. Der kleine Bauer hat an den Geschäften keinen oder doch nur einen so verschwindend geringen Anteil, daß dieser durch die allgemeine Teuerung mehr als wettgemacht wird. Diese ökonomische Erscheinung ist auch in politischer Hinsicht bereits zu Tage getreten.

Die Bauernschaft ist gespalten und die radikale Wyzwoleniegruppe hat sich mit den Sezessionisten der Biagruppe zu einer Partei zusammen- und der Opposition angeschlossen. Auch die Nationale Arbeiterpartei, die gefährlichste Oeguerier der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) hat mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen von der Mehrheit abgewandt und ist in der letzten Zeit offen zur Opposition übergegangen. Sollte es wirklich zu einer geschlossenen Opposition, die die P. P. S., die R. P. N., die radikalen Bauern und die Winderbeiten umfassen soll, kommen, dürfte es der Arbeiterschaft leichter fallen, die Angriffe der Reaktion auf die Verfassung abzuschlagen. Aber es wäre falsch, wollte man glauben, daß der Oppositionsblock die sozialistische Arbeit im Sejm erleichtern würde. Der Block der Opposition kann einzig und allein nur die Verfassung und die gesicherten Rechte gegen die Angriffe mit mehr oder weniger Erfolg schützen. Deutsche Großindustrielle, ukrainische Nationalisten, weißrussische radikale Kleinbauern, deutsche Vertreter des Gewerbes und der Arbeiterschaft, jüdische Bourgeois und liberale Vertreter der orthodoxen Juden werden zusammen mit der P. P. S., der Nationalen Arbeiterpartei und den radikalen Bauern den linken Block bilden. In dem Moment aber, wo die sozialen Fragen zur Erledigung kommen werden — und die Bourgeoisie gemeinsam mit den Schlachzigern werden keine Gelegenheit unbenutzt lassen, zum wirtschaftlichen Angriff überzugehen, wird sich die Zwiespaltigkeit des Oppositionsblocks offenbaren. Die Interessengemeinschaft der Gemeinden wird die vorübergehende politische Gemeinschaft der Linken in demselben Moment sprengen, wo die wirtschaftlichen Fragen zur Diskussion gestellt werden. Als Antwort auf das Zustandekommen des linken Blocks plant die Mehrheit ein Gesetz einzubringen, das das verfassungsrechtlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiterschaft faktisch aufheben soll. Man muß also abwarten und nicht allzufrüh in den Nebel einstimmen, den das Zustandekommen des Oppositionsblocks ausgelöst hat.

Einen Erfolg wird aber die Situation sicherlich zeitigen, einen Erfolg, der für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung sein wird. Sollte auch der Oppositionsblock an den wirtschaftlichen Gegenfragen über kurz oder lang scheitern, der sozialistische Block muß und wird kommen. Und damit wird die Stoffkraft des Proletariats mehr als durch alle anderen Mittel

Die Gefangenen von Niederschönfeld.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Während der Eiserner Mord die vorzüglichste Behandlung genießt und unter den Bauern der dortigen Umgebung ungehindert wittelsbachisch-monarchistische Propaganda zu betreiben vermag, wird das Los der Niederschönfelder Festungsgefangenen immer unerträglicher. Das Recht der Selbstverpflegung wird den Gefangenen genommen, die Anstaltsverpflegung aber wurde durch Ministerialverfügung ganz bedeutend eingeschränkt. Die Priesenzur wird mit härtester Willkür ausgeübt: jedes Wort des Dankes für empfangene Sendungen wird zum Akt genommen, wegen agitatorischer Redewendungen oder wegen Anknüpfung neuer Verbindungen. Die Mitteilung an den Absender daß ein Brief nicht ausgehändigt wurde, wird beschlagnahmt, wegen der nachteiligen Wirkungen, die dem Strafvolkzug daraus bereitet werden könnten.

Diese Zensurausübung ist zweifellos ungesetz-

lich und widerspricht dem Geist der Festungshaftstrafe durchaus. Das Empörendste jedoch ist, daß in der letzten Zeit Geld- und Warensendungen, die von irgendwelchen Organisationen an die Niederschönfelder Gefangenen einlaufen, den Gefangenen nicht mehr ausgehändigt werden, da der Ursprung agitatorischen Charakter verrät. So wurde erst jüngst ein Geldbetrag, den die Waidauer Genossen dem Genossen Toller überhandt hatten von der Anstaltsverwaltung zurückgewiesen. Es ist das nur eines der unzähligen Beispiele dafür, wie schamlos in Bayern zu Ungunsten von Sozialisten und Republikanern der Rechtsboden verlassen wird. Es ist überflüssig zu bemerken, daß hier ein Eingreifen des neuen Reichsjustizministers, des Augsburger Staatsanwaltes Emminger, zwecks Herstellung des dauernd verletzten Rechts nicht erwartet werden kann. Allein der gewerkschaftlichen Frauenhilfe für politische Gefangene in München ist es gestattet, den Niederschönfeldern Gaben zuzulassen zu lassen.

Anträge an den Parteitag.

Nr. 1. Antrag Dr. Emil Strauß-Brag zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag wolle beschließen: Das Parteistatut ist in der nachstehenden Weise zu ändern:

1. Im § 21, Zeile eins ist zu setzen, statt Reichskomitee, Parteikomitee. Ebenso im zweiten Absatz, Zeile eins. In Zeile drei des selben Absatzes statt Frauenreichskonferenz, Frauenpartei-Konferenz, in Zeile sechs statt Frauenreichskomitee, Frauenpartei-Komitee.

2. Im § 23 bei Punkt fünf statt Reichskomitee, Parteikomitee. Punkt 10 desselben Paragraphen hat zu lauten: „Je ein Delegierter der dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.“

3. Bei § 43 hat die Ueberschrift statt Reichskonferenz Parteikonferenz zu lauten. Derselbe Änderung ist in Zeile drei desselben Paragraphen vorzunehmen.

4. Im § 44 hat die Ueberschrift statt Reichsausschuß Parteiausschuß zu lauten, ebenso im ersten Absatz dieses Paragraphen Zeile zwei, zehn und dreizehn sowie im zweiten Absatz Zeile eins. In demselben Paragraphen Zeile zwei ist das Wort Reichskonferenz durch Parteikonferenz zu ersetzen.

5. Im § 48 soll es in Zeile zwei statt Reichskonferenz Parteikonferenz lauten.

Nr. 2. Antrag Dr. Holtscher, Hofbauer, Rühl, Dr. Lieben, Dirsch, Deutsch, Kaufmann zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag wolle beschließen: Den am Parteitage zu Tetschen 1921 beschlossenen „Forderungen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für alle Selbstverwaltungskörper“ wird ein Absatz VII „Schankewesen“ hinzugefügt, der folgenden Wortlaut hat:

Darüber, ob die bestehenden Konzessionen für Ausschank und Verkauf alkoholischer Getränke nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer neu erteilt werden sollen oder nicht, ob neue zu erteilen sind, ob in der Gemeinde überhaupt keine alkoholischen Getränke mehr ausgeschenkt werden sollen oder nicht, entscheidet die wahlberechtigte Bevölkerung durch Abstimmung. (Gemeindebestimmungsrecht.)

Werden Konzessionen durch Volksabstimmung neu oder wieder verliehen, so steht der Gemeinde das Vorkaufsrecht zu; sie ist berechtigt, zu verlangen, daß die Bewilligung ihr erteilt wird; nur wenn sie darauf verzichtet, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, kann die Bewilligung anderweitig erteilt werden.

Der der Gemeinde aus dem Ausschank oder dem Verkauf alkoholischer Getränke erwachsende Reingewinn ist ausschließlich zur Errichtung von alkoholischen Volks- und Speisehäusern, Sport- und Turnplätzen und dergleichen zu verwenden.

Begründung: Die Uebertragung der Entscheidung über die Verleihung von Schank-erlaubnissen von den Behörden auf das Volk, ausgegangen von den angelsächsischen und skandinavischen Ländern, breitet sich immer mehr aus. Das Gemeindebestimmungsrecht bildet die Grundlage des von der Bruderpartei im deutschösterreichischen Nationalrat eingebrachten Antrages, ebenso ist es im Schankstättengesetzentwurf enthalten, den das deutsche Reichsjustizministerium dem Reichstage vorgelegt hat. Es ist eingeführt in Polen und Estland, gut in Dänemark via facti und wird dort sehr bald gesetzlich festgelegt werden. Das Gemeindebestimmungsrecht (GMR) ist eine durchaus demokratische Einführung. Es entzieht die Entscheidung darüber, ob überhaupt Alkoholausschank und Verkaufsstätten in einer Gemeinde bestehen sollen, ob ihre Zahl zu vermehren oder zu vermindern und ob eine bestimmte Erlaubnis zu erneuern oder zu löschen, zu erteilen oder zu verweigern ist, der bürokratischen Obrigkeit und weist sie dem Volkentscheid zu; es unterliegt keinem Zweifel, daß dabei die Erfordernisse der öffentlichen Gesundheit, Sittlichkeit und Wohlfahrt viel besser gewahrt werden. Die Obrigkeit läßt sich bei diesen Entscheidungen viel zu sehr von fiskalischen Gesichtspunkten leiten, sie denkt an die Steuern und Abgaben, die dem Staate und den Gemeinden aus dem Alkoholausschank und den Gasthäusern erwachsen; sonst wäre es nicht möglich, daß es überall eine solche lächerliche Ueberzahl von Schankstätten gibt. Die Bestimmungen er-

weisen sich aber auch als vorzügliches Mittel, um die Aufklärung in die Bevölkerung zu tragen; sie wird dadurch gezwungen, sich mit dem Problem zu befassen und darüber nachzudenken. Der unausbleibliche Kampf für und gegen die Bewilligungen bringt die besseren Argumente zum Siege. Die Erfahrungen lehren auch, daß zwar bei den ersten Abstimmungen nur wenige Verminderungen eintreten, daß die Bevölkerung allmählich zur Einsicht gelangt. Die Kommunalisierung des Schankstättengesetzes soll mit dem Gemeindebestimmungsrecht Hand in Hand gehen. Es ist das größte Hemmnis der Alkoholverstärkung, daß zehntausende von Birten davon leben, daß das Volk recht viel säuft. Dadurch erstehen der Trinksitte ebenso viele Verteidiger und Agitatoren. Es ist etwas ganz anderes, wenn die Gemeinde das Schankrecht monopolisiert, vorausgesetzt natürlich, daß sie das Erträgnis nicht zur Deckung ihrer laufenden Ausgaben verwenden darf, denn sonst wird der Gemeindefiskus natürlich zum Schutzhüter des Alkohols. Darum muß mit aller Entschiedenheit darauf gesehen werden, daß die Einkünfte aus dem Alkohol nur dazu verwendet werden dürfen, um den Alkohol zu bekämpfen, d. h. um seine Erzeugnisse zu zerstören, die erst Befreiung der Volkssitte von Trunk und Stammisch ermöglichen. Denn nur, wenn es Volkshäuser geben wird, in denen die Menschen sich ohne Verzehmung zur Erledigung von politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Vereinsangelegenheiten, sowie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach Geselligkeit und Unterhaltung, Spiel und Tanz, versammeln können, wird es ermöglicht werden, sie dem Trunkhause zu entziehen und schließlich den Ausschank gänzlich einzustellen. Dazu gehören aber bedeutende Mittel, diese können auf keinem anderen Wege leichter beigebracht werden, als dadurch, daß die Erträgnisse des Alkoholausschankes dazu verwendet werden, ihn selbst allmählich auszuschalten. Da keine andere Partei in so hohem Maße die Pflicht hat, auf diesem Gebiete voranzugehen, wie die unsere, erscheint es an der Zeit, den Weg einzuschlagen, der sich anderwärts als praktisch erwiesen hat, durchaus demokratisch ist und gerade von den Bruderparteien empfohlen und gegungen wird. Daß auch bei uns gegenwärtig vielfach Parteieinrichtungen (Arbeiterheime, Gewerkschaftshäuser, Konsumgenossenschaften) wirtschaftlich am Alkoholvertrieb interessiert sind, darf natürlich kein Hindernis sein. Die Wirkungen der in Aussicht genommenen und vorzuziehenden Gesetzesänderungen werden natürlich nur langsam eintreten; das investierte Kapital wird sich inzwischen amortisieren, die Krime und Häuser werden, wenn sie den Alkohol aufgeben, Zuwendungen erhalten müssen und sich dadurch erhalten können. Keinesfalls darf die Rücksicht auf Geschäftsinteressen die Partei abhalten, ihre Pflicht zu sittlichen, gesundheitlichen und kulturellen Hebung des Proletariats auch auf diesem wichtigen Gebiete bis aufs äußerste zu erfüllen.

Nr. 3. Antrag der Bezirksorganisation Erdweis zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte“.

Der Parteitag wolle beschließen: Sämtliche Kreis- und Kreisblätter sind in Wochenblätter umzuwandeln und die Leser der Kreis- und Kreisblätter dem Zentralorgan zuzuführen. Weiters ist ein billiges Agitationsblatt, wie das in Oesterreich erscheinende Blatt „Volk“, herauszugeben.

Nr. 4. Antrag der Bezirksorganisation Erdweis zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag wolle beschließen, daß jenen Mitgliedern, welche in der tschechoslowakischen Republik wohnen und im Ausland in Arbeit stehen, der Mitgliedsbeitrag mit 1 Kč monatlich festgelegt wird.

Nr. 5. Antrag der Bezirksorganisation Wegstädt zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere Aufgaben“.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren werden aufgefordert, für die unverzügliche Verwirklichung der Sozialversicherung einzutreten und im Bedarfsfalle die organisierte Arbeiterkraft zum Kampfe aufzurufen.

Nr. 6. Antrag der Bezirksorganisation Wegstädt zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Der Parteitag fordert die Verlängerung des Wohnungsgesetzes ohne Änderung, sowie die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Nr. 7. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand, ebenso die Fraktionen des Senates und der Nationalversammlung haben mit allen verfügbaren Mitteln (in- und außerhalb des Parlamentes) dahin zu wirken, daß die Sozialversicherung verwirklicht, das Mieterschutzgesetz in seiner heutigen Form verlängert und wenn irgend möglich den Gemeinden wieder das Recht der Wohnungsbeschlagnahme eingeräumt wird; ebenso ist dahin zu wirken, daß das Wohnungsfürsorgegesetz ohne Änderungen verlängert wird. — Die Anträge werden durch die Delegierten begründet.

Nr. 8. Antrag der Lokalorganisation Ottowitz (Bezirk Karlsbad) zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Zur Bestätigung der Beitragsbefreiung arbeitsloser Mitglieder sind Beitragsmarken einzuführen, damit die Verbindung zwischen Organisation und arbeitslosen Mitgliedern während der Arbeitslosigkeit hergestellt bleibt.

Nr. 9. Antrag der Lokalorganisation Ottowitz (Bezirk Karlsbad) zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Die Lokalorganisation sieht in der Defensivstellung, in die das Proletariat in diesem Staate gebrängt ist, eine Folge der Spaltung der Arbeiter und ihrer Kampforganisationen in taktischer und nationaler Beziehung. Die Lokalorganisation ist der Ansicht, daß sich der Zustand bessern müßte, wenn das Vermächtnis unseres verstorbenen Genossen Seliger, einen Proletariatskongreß einzuberufen, zur Durchführung käme.

Nr. 10. Antrag der Kreisvertretung Grulich, Landkron zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag wolle beschließen:

Für die Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften sind beim zweiten Skrutinium in erster Linie jene Wahlkreise zu berücksichtigen, die beim ersten Wahlgange keinen Abgeordneten, aber wenigstens ein Viertel der für ein Abgeordnetenmandat nötigen Stimmen aufgebracht haben. Sind mehrere Wahlkreise beim ersten Wahlgange ohne Vertreter geblieben und sind beim zweiten Skrutinium nicht soviel Mandate zu vergeben, als erforderlich sind, so werden die einzelnen Wahlkreise, verhältnismäßig, ihren aufgetragenen Stimmen entsprechend, bezieht. Diejenigen Wahlkreise, die beim ersten Wahlgange einen oder mehrere Abgeordnete erhalten haben, finden, solange noch Wahlkreise ohne einen Abgeordneten vorhanden sind, beim zweiten Skrutinium keine Berücksichtigung.

Begründung: Es ist unbedingt notwendig, daß wenigstens jeder Wahlkreis, und das kommt doch besonders für die überwiegend andersnationalen Wahlkreise in Betracht, einen Abgeordneten hat, der während der ganzen Funktionsdauer der Kreisorganisation zur Verfügung steht, erstens einmal bei politischen Ereignissen lokaler Natur sofort zur Stelle sein kann, zweitens als Immun der Partei bei Aktionen zur Verfügung steht und daß drittens wenigstens im Wahlkreise ein Abgeordneter ist, der in wichtigen Sachen auch bei den lokalen Behörden intervenieren kann. Die Zuteilung der Abgeordneten und Senatoren, wie jetzt eingeführt, entspricht nicht allen Anforderungen, weil jeder Abgeordnete mehrere Agitationsbezirke zugewiesen hat und dann wieder mehrere Abgeordnete auf einen Agitationsbezirk entfallen. Dadurch kommt es vor, daß von einer Bezirksorganisation, sogar für das Gebiet einer Kreisorganisation, in dringenden Fällen die zugeteilten Abgeordneten und Senatoren nicht zu erreichen sind, weil sie gerade von anderen Agitationsbezirken in Anspruch genommen sind. Dieser Antrag ist eine Erweiterung des Beschlusses des Karlsbader Parteitages über Antrag 52 des Parteivorstandes und bezweckt, die kleinen Agitationsbezirke zu geographisch wahlsgeometrisch zusammengelegten Wahlkreisen zu vergrößern, damit aber jederzeit sicher, wenn auch für das größere Gebiet ein Abgeordneter oder Senator zur Verfügung steht, der im Sinne der ersten Sätze der Begründung im Kreisgebiete wirken kann.

Nr. 11. Antrag der Kreisvertretung Grulich, Landkron zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag wolle beschließen:

Um den Abgeordneten und Senatoren für die Zukunft die Möglichkeit zu geben, sich weitgehendst der Partei und der Wählerschaft widmen zu können, sind bei den nächsten Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften außer den Fachleuten möglichst solche Genossen, deren Berufstellung nicht schon eine vielseitige Arbeitsleistung erfordert, als Kandidaten aufzustellen, sie dann, falls sie gewählt werden, nicht außer ihrem Abgeordnetenmandate und eventuellen Parteifunktionen, noch eine Reihe anderer Funktionen zu belassen haben, ihre Arbeitskraft zuviel zersplittern müssen und dadurch häufig nicht mehr allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden können.

Nr. 12. Antrag der Bezirksorganisation Dux zu Punkt 5 der Tagesordnung „Klassenkampf und Massenschulung“.

Der Parteitag.

Der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik findet in der Zeit vom 16. bis 18. Dezember 1923 statt.

Die Beratungen beginnen am Sonntag den 16. Dezember, um 9 Uhr vormittags, und finden in A u s s i g a. d. Elbe, B o l s h a u s statt. Als provisorische

Tagesordnung

wird in Vorschlag gebracht:

- 1. Konstituierung des Parteitagess: a) Wahl des Präsidiums; b) Festlegung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung; c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Vorschlagskommission für die Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungskörperschaften. 2. Berichte: a) des Parteivorstandes, Referent Genosse Carl Cermak; b) des Kassiers, Referent Genosse Carl Heller; c) der Kontrolle, Referent Genosse Theodor Hadenberg. 3. Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben. Referent Genosse Dr. Lubomir Cech. 4. Die Wirtschaftskrise und die Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei. Referent Genosse Adolf Pohl. 5. Klassenkampf und Massenschulung. Referent Genosse Dr. Luitpold Stern. 6. Wahl des Parteivorstandes der Parteikontrolle und der Beratungskörperschaften. 7. Allgemeine Anträge.

Der Parteitag beschließt:

1. Die Zentralstelle für das Bildungswesen wird beauftragt, ein Handbuch für Arbeiterbibliothekare herauszugeben, sowie die für die Arbeiterbibliothekare notwendigen einheitlichen Drucksorten lagernd zu haben. Begründung: Es ist unmöglich, die Bibliothekare so durch Kurse zu schulen, daß sie die Büchereien entsprechend führen können. Die Bibliothekare, welche noch oft durch andere Aufgaben erfaßt werden, müssen ein Handbuch zur Information besitzen. Damit aber in der Führung unserer Büchereien ein einheitliches System möglich ist, soll die Zentralstelle für das Bildungswesen ein Handbuch für Arbeiterbibliothekare herausgeben.

Nr. 13. Antrag der Bezirksorganisation Dux zu Punkt 5 der Tagesordnung „Klassenkampf und Massenschulung“.

Die Zentralstelle für das Bildungswesen wird beauftragt, zu jeder Lichtbildserie eine vollständigen Text auszuarbeiten, damit bei Vorführungen der Lichtbildserien, der Text vorgelesen werden kann.

Begründung: In der Zentralstelle für das Bildungswesen befinden sich eine Anzahl Texte zu Lichtbildserien, die nicht vollständig sind und von den Vortragenden ausgearbeitet werden müssen. Nachdem aber in den Bezirken nicht das Menschenmaterial vorhanden ist, um zum Beispiel einen Vortrag über die Serie „Feuergewalten der Erde“, oder „Die Eiszeit in unserer Heimat“ ausarbeiten zu können, ist es notwendig, daß die Zentralstelle für das Bildungswesen diese Texte (Dispositionen) vollständig ausarbeitet.

Nr. 14. Antrag der Bezirksorganisation Landkron zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Zwecks systematischer Ausgestaltung unserer politischen Organisationen, Bezirks- und Kreisfunktionsariate, wolle der Parteitag beschließen, daß der Reichsparteisekretär, beziehungsweise ein Mitglied der Reichsparteileitung verpflichtet wird, mindestens einmal im Jahr mit den Bezirks- und Kreisleitungen beziehungsweise Sekretariate persönlich in Verbindung zu treten.

Nr. 15. Antrag der Bezirksorganisation Brau zu Punkt 1b „Festlegung der Tagesordnung“.

Der Parteitag wolle beschließen: Die provisorische Tagesordnung wird dahin ergänzt, daß das Thema „Die Internationale als besonderer Punkt“ erscheint.

Begründung: Die in der Berichtsperiode auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen erfolgten Änderungen (Hamburger Kongreß) sind von besonderer Bedeutung, daß ihre abgelesene und ausführliche Erörterung geboten erscheint. Die Antragsteller verweisen auf die angedachten Punkte in der Tagesordnung unserer letzten

Parteilage und des heurigen deutschösterreichischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik ist die Erörterung der Bildung der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ von besonderer Bedeutung mit Rücksicht auf das Verhältnis zur tschechischen Sozialdemokratie.

Die Bank.

Von Robert Grösch.

Als Herr Theobald die Mittagsstunde hinter sich hatte, nahm er seinen Weg zum Büro durch den Park — wie immer seit 15 Jahren.

Herr Theobald hatte es sehr eilig. Immerhin: als er den schön geschwungenen Sandweg längs der Böschung des Flusses dahinschritt und an die Stelle kam, wo sonst eine Bank gestanden, blieb er stehen.

Herr Theobald stockte der Atem noch immer. Er sieht die Burschen vor sich, die sich hier gesunden und abgerodert haben, um zu zerstören, zu schänden, Verwüstung zu verbreiten.

Eine Turnuhr schlägt in der Nähe und fährt in Herrn Theobalds Bein; automatisch setzen sie sich in Marsch. Doch schon nach fünfzig Metern kommen sie wieder ins Halten und Herr Theobald wirft einen Blick zurück.

Rein, das kann man so nicht liegen lassen. Und er kehrt wieder zurück, steigt die in sanfter Schräg abfallende Böschung hinunter, geht bis dicht an Wasser, saßt eins der eisernen Beine und beginnt zu zittern.

„Was treiben Sie hier?“ Theobald ist sowohl atemlos als auch entrüstet, doch zunächst zieht er die Bank mit einem letzten Ruck auf die Grasfläche herauf und richtet das Gestell empor.

„Das Betrügen der Böschung ist verboten!“ Und er habe da unten am Wasser überhaupt nichts zu suchen.

Die Stimme unter dem Helm hat etwas gelassen. Entschieden, Diskussionsfeindliches. Herr Theobald begibt sich auf den rechtmäßigen gehärteten Sandweg. Der Zahnmann mißt die höhere Gestalt mit einem blauen Blick.

„Ich? Ich? Erlauben Sie mal. Ich sagte ihnen doch: Ich habe sie den Kluten entriessen.“ Der mit dem Helm lächelt ungläubig, geringerschäßig, steckt zwei Finger in die Knopfreihe der Uniform und meint, jetzt müßten sie erst mal zusammen zur Wache gehen.

An diesem Nachmittag kam der erste Buchhalter der chemischen Fabwerke zwei Stunden zu spät. Der Bürochef konnte sich nicht entsinnen, so etwas je an Herrn Theobald erlebt zu haben.

Die Wangen des Buchhalters glühten in der Rote der Erregung, seine Augen waren wie schwellender Jumbo und sein Mund bebte eine Geschichte, die niemand im Büro verstand.

„In diesen Zeiten werden die besten Leute rabiat“, sagte der Bürochef und gab es auf, hier noch Zusammenhänge zu suchen.

Am Rande der Böschung jedoch stand die Bank wieder auf ihren vier eisernen Beinen, tropfte noch immer Wasser aus allen Wunden und ließ auf der schwarzen Aufschrift „Nur für Erwachsene“ die Sonne brennen und leuchten.

Der junge Mann fauchte und eine mörderische Wut überkam ihn. Er packte die Bank, kantete sie empor und gab ihr einen Stoß, daß sie sich überschlug. Das Wasser des Ufers spritzte klatschend hoch.

Auf das junge Mädchen jedoch machte dies Ergebnis einen solch niederschmetternden Eindruck, daß sie an diesem Abend nicht mehr in Stimmung zu bringen war.

Am nächsten Morgen kam Herr Theobald wieder an der Stelle vorüber — wie immer seit 15 Jahren. Die Bank lag wieder im Wasser, die eisernen Beine klagen den Himmel gestreckt.

Da schüttelte Herr Theobald den Kopf. Er verstand die Welt nicht mehr.

Da der heutige Samstag tariflicher Feiertag der Buchdrucker ist, entfällt die morgige Nummer unseres Blattes.

Tages-Neuigkeiten.

Hier der Hunger, dort das Geld... Hymnus der Reaktion.

Barrikade, Pflastersteine, Pulverbäll, Kommandosförcie, Rotes Blut und blaues Blut, Oben Mut und unten Wut, Blei und Pulver, wenn auch Deutsche, Warum wollt ihr nicht die Peitsche, Warum denn kein trocknes Brot? Schlagt sie tot!

Millionen in der Hand! „Kaiser, Gott und Vaterland!“ Ist nun einmal so die Welt, Da der Hunger, hier das Geld; Warum seid ihr solche Sinder, Warum habt ihr soviel Kinder? Was, noch Schmalz auf euer Brot? Schlagt sie tot!

Nur den Reichen kommt es zu: Volter Magen, weiche Ruh; Eure Mädchen sind uns recht, Wir sind Herr und ihr seid Knecht! Laßt sie sterben, laßt sie hungern, Nackernd auf der Straße hungern, Werden toll sie dann aus Not — Schlagt sie tot! Hermann Böns.

Der Galgen-Schöllich heßt zum Pogrom!

Der „Volkstrot“, das Blatt des deutschnationalen Abgeordneten Schöllich, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer spaltenlang mit dem Numerus clausus-Antrag des genannten Abgeordneten.

„Die Kammer ging heute in die Debatte über das Schulbudget ein. Diesmal war das Interesse der Annumermigler höher. Nur beim ersten Redner, Abg. Schöllich, war das Haus noch leer, dann belobte es sich, und insbesondere die glänzende Rede des Abg. Dr. Spina wurde von den Mitgliedern aller Parteien mit großem Interesse angehört.“

Und an dieses Blatt knüpft nun der „Volkstrot“ folgende Bemerkung:

„Tatsache demgegenüber ist, daß das Haus bei den Ausführungen Dr. Schöllichs besser besucht war, als bei jedem anderen Redner in der Schuldebatte, es wurden 45 Abgeordnete gezählt, die mit der größten Aufmerksamkeit zuhörten, während Abg. Spina nur 26, Abg. Kofka kaum zehn Zuhörer hatte. Der parl. Berichterstatter der „Bohemia“, der Jude Dr. Mannheimer, dürfte wahrscheinlich nach der unglaublich kühnen Rede des Abg. Schöllich aus lauter Angst vor einem Pogrom, bei dem er bstimmt als einer der Ersten mit daran glauben müßte, nichts mehr gesehen haben. Jedenfalls verschlug es ihm total die Rede. Mit solchen Mitteln der Entstellung arbeitet eine sogenannte große deutsche Zeitung! Traurig nur, daß es noch immer Deutsche gibt, welche den Schund lesen und beziehen.“

Das Blatt des Schöllich, das mit dieser Stelle beweist, wie richtig der dem Abgeordneten von uns verliehene Name „Galgen-Schöllich“ ist, gibt hier nicht nur Klar zu verstehen, daß es einen Pogrom wünscht, sondern, daß der „Jude Mannheimer“, wenn es nach dem „Volkstrot“ geht, als „Erster mit daran glauben müßte!“ Das ist unverständlich. Für die eine Aburteilung in der Presse zu gering wäre. Das blutdürstige Galgenkreuzgefindel wird gemeingefährlich, und für einige dieser Gesellen wird man sich um andere Mittel der Bekämpfung als um Zeitungspolemiken, umsehen müssen.

Die Schuldigen am Tassperrbruch in der Lombardei. Die Agencia Stefani berichtet aus Rom: Der Senat hat eine Kundgebung für die Opfer der Katastrophe von Tizzo beschlossen. Der Arbeitsminister stellte fest, daß sich ergeben habe, daß der Dammbau von den technischen behördlichen Organen nicht überwacht worden sei. (Große Bewegung. Rufe: Das ganze gehört vor das Gericht!) sondern nur die Pläne, die später abgeändert wurden, wegen der technischen Behörden für Wasserbau vergeblich Einwände erhoben hatten (Rufe: Gehört das

nicht vor das Strafgericht?) Der Minister erklärt weiter, man könne derzeit noch keine Schlüsse ziehen. Die Gründe des Unglücks könnten auch andere sein. Der Bauunternehmer habe sich als Wohltäter (!) des Landes gefühlt, weil er für fünf Millionen Lire den Bau durchgeführt hat, wogegen die Techniker zehn Millionen gefordert hätten. (Rufe: Unerhör! Geben Sie ihm eine Auszeichnung.)

Zusammenstöße in den italienischen Universitäten. Aus Rom wird vom 6. Dezember gemeldet: Nach der Universität in Rom wurde auch die Universität in Neapel wegen Kundgebungen der Studentenschaft gegen die Universitätsreform geschlossen, da dieselben mehrfach zu blutigen Kundgebungen geführt hatten. In Turin und in Bologna ist es ebenfalls zu Kundgebungen gekommen.

Venizelos will nicht mehr nach Griechenland. Das meldet aus Athen: Venizelos lehnte die Einladung nach Griechenland zurückzuführen ab, erklärte aber, daß er stets bereit sei, seinem Vaterlande in Ausland zu dienen.

Ein starkes Erdbeben. Mittwoch um 9 Uhr 59 Min. 36 Sek. abends verzeichnete der Seismograph der Innsbrucker Universität ein sehr starkes Erdbeben. Die wirkliche Bodenbewegung in Innsbruck betrug 0,2 Millimeter.

Große Regengüsse und Uberschwemmungen in Italien. Die letzten Regengüsse haben, nach einer Meldung aus Rom, in Italien große Uberschwemmungen verursacht. Der Tiber ist über 13 Meter über den Pegel gestiegen und dürfte heute nachts auf 14 Meter steigen. In Neapel ist infolge der Regengüsse ein Neubau eingestürzt, woben drei Arbeiter getötet wurden.

Revolution in Mexiko. Reuter meldet aus New York: Nach Meldungen aus Veracruz befinden sich fünf mexikanische Staaten im offenen Aufstand gegen die Regierung Obregon.

Das Ende der Straßenbahn in Halle. Die städtische Straßenbahn, in Halle steht vor ihrem Ende. Die Verwaltung arbeitet zurzeit mit einem täglichen Fährbetrag von 400 Millionen, der sich jedoch noch wesentlich erhöhen dürfte. Die Ziffer der Fahrgäste von 81.000 in Friedenszeiten ist auf 11.000 täglich zurückgegangen. Dem gesamten Personal wurde gekündigt. Das ganze Unternehmen soll, mit Ausnahme einer Linie, stillgelegt werden.

Wiedereröffnung der deutschen Zoologischen Station in Neapel. Zu den Opfern des Weltkrieges zählte auch die einst von dem bekannten Naturforscher Professor Dohrn gegründete, weltberühmte Zoologische Station in Neapel, eine Stätte deutscher Wissenschaft, deren Andenken zugleich verbunden war mit dem an Hans von Martens, der die Bibliothek des Museums mit seinen Malereien geschmückt hatte. Von 1874 bis zum Kriege dauerte hier das Forschungswerk, begünstigt von der italienischen Regierung, mit Interesse verfolgt in der ganzen Welt. Dem entsprach auch die internationale Mitarbeiterschaft und die finanzielle Unterstützung. Dann kam der Krieg und in dessen Verlauf die Schließung der Station. Nun ist die Beschlagnahme aufgehoben und durch die italienische Regierung die Möglichkeit geschaffen worden, die Zoologische Station als selbständige Anstalt unter der Oberaufsicht der italienischen Regierung weiterzuführen. Dem Verwaltungsrat gehören der Bürgermeister von Neapel als Vorsitzender und Professor Dohrn jun. als geschäftsführendes Mitglied an.

Eine Nebenmutter am Pranger. In Oberpflau (Preußen) hatte sich die 30 Jahre alte Tochter des Zimmermanns Frode im Wettbewerb aus Schwermut ertränkt, weil sie von ihrer Stiefmutter fortgesetzt unmeniglich behandelt wurde. Als sich die Stiefmutter weigerte, die Leiche im elterlichen Hause aufzubahren, wurde sie von der

Vater Goriot.

57

Von Honoré de Balzac.

„Ich will Sie zu einem Entschluß bringen“, sagte Vater Goriot, seine Stimme überwiegend. „Mein lieber Herr Eugen, nicht wahr, Sie wollen Geld beim Juden borzen?“

„Es wird mir nichts anderes übrigbleiben“, sagte er. „Gut, ich habe Sie gefangen“, fuhr der alte Mann fort und brachte eine verschlossene Brieftasche zum Vorschein. „Für all das, was Sie hier sehen, sind Sie keinen Centime schuldig. Das Ganze ist nicht viel, höchstens fünf-tausend Franken. Ich borge Sie Ihnen. Wir werden Sie es doch nicht abschlagen, ich bin doch keine Frau. Sie können ja einen Schuldchein unterschreiben, wenn es Ihnen Spaß macht, und werden mir später einmal den Betrag wiedergeben.“

Tränen flossen Eugen und Delphine über die Wangen. Ueberrascht sahen sie den Alten an. Rastignac nahm seine Hand und drückte sie leidenschaftlich.

„Nun, was denn? Seid ihr nicht meine Kinder?“ sagte Goriot.

„Aber, mein armer Papa“, fragte Frau von Nucingen, „wie hast du das denn fertiggebracht?“ „Das war ganz einfach“, antwortete er. „Als ich dich soweit hatte, daß du ihn in deiner Nähe unterbringen wolltest, und du alles wie für eine junge Frau eingekauft hattest, habe ich mir gesagt: Sie wird arg in die Klemme kommen. Der Advokat behauptet, daß der Prozeß gegen deinen Vatten wegen Herausgabe deines Vermögens länger als sechs Monate dauern wird. Schön. Ich habe meine Rente von dreizehnhun-

dertfünfzig Livres verkauft und habe für fünfzehntausend Franken eine Leibrente von zwölfhundert Franken gegen gute Hypotheken sichergestellt. Mit dem Rest des Vermögens habe ich alle Rechnungen beglichen. Oben habe ich ein Zimmer für fünfzig Taler jährlich; mit vierzig Sous täglich lebe ich wie ein Fürst, ja ich mache sogar noch Ersparnisse. Ich schone meine Sachen und trage meine Nutzge jahrelang. Seit vierzehn Tagen schmunzle ich vergnügt beim Gedanken: „Was werden die Kinder glücklich sein!“ Nun, wie ist's denn? Seid ihr auch glücklich?“

„Oh, Papa, Papa“, sagte Frau von Nucingen und sprang ihrem Vater auf den Schoß. Sie bedeckte ihn mit Küffen, streichelte seine Wangen mit ihrem blonden Haar, ihre Tränen flossen über sein altes Gesicht. „Teurer besser Vater, was bist du für ein Vater! Es gibt keinen Vater auf Erden, der dir gleicht! Eugen hat dich immer schon sehr lieb gehabt; wie aber soll es jetzt werden?“

„Aber Kinder, liebe Kinder“, sagte Vater Goriot, der das Herz seiner Tochter seit zehn Jahren nicht mehr gegen das seine klopfen gefühlt hatte, „aber Delphinette, willst du, daß ich vor Freude sterbe? Mein armer Herz bricht. Lassen Sie es gut sein, Herr Eugen, wir sind schon quitt!“ Und der Greis preßte seine Tochter so wild und leidenschaftlich an sich, daß sie aufschrie: „Du tust mir weh!“

„Ich habe dir weh getan?“ sagte er erblassend. Er sah sie mit einem Ausdruck überirdischen Schmerzes an. Um sich eine Vorstellung vom Ausdruck dieses Christus-Vaters zu machen, mühte man zu den Bildern der großen Malerfürsten greifen, wenn sie die Qual des Erlösers, der für die Menschheit gestorben ist, dargestellt haben. Leise küßte Vater Goriot seine Tochter auf ihren Wädel, den seine Finger allzu bestig gedrückt hatten. „Nein, nein, ich habe dir nicht

weh getan“, sagte er mit fragendem Lächeln. „Du hast mir mit deinem Schrei weh getan. Alles ist viel teurer“, flüsterte er seiner Tochter zu und küßte sie behutsam, „aber man muß ihm etwas vormachen, sonst würde er böse werden.“

Eugen stand wie versteinert angesichts der unerhörlichen Opferfähigkeit des alten Mannes. In seinem Blick lag restlose Bewunderung, sie ist für junge Leute mit Glauben identisch.

„Ich hoffe des Opfers würdig zu sein“, sagte er.

„Oh, mein Eugen, Dank für dieses schöne Wort!“ Frau von Nucingen küßte den Studenten auf die Stirn.

„Um deinetwillen hat er Fräulein Taillefer und ihre Millionen angepfalzen“, sagte Vater Goriot. „Ja, die Kleine hat ihn sehr geliebt und nun, wo ihr Bruder tot ist, ist sie unermesslich reich.“

„Oh, warum sagen Sie das?“ rief Rastignac. „Eugen“, flüsterte ihm Delphine ins Ohr. „jeht reut es mich um heute abend. Ach, wie will ich Sie lieben, immer, immer!“

„Das ist mein glücklichster Tag, seitdem ihr verheiratet seid“, rief Vater Goriot. „Der liebe Gott kann mir Leiden schiden, soviel es ihm gefällt, wenn ich nur nicht an euch leide. Im Unglück werde ich mir sagen: Im Februar dieses Jahres war ich einen Augenblick lang glücklicher als andere Menschen es während ihres ganzen Lebens sein können. Sieh mich doch an, Fifine“, sagte er zu seiner Tochter. „Nicht wahr, sie ist schön? Sagen Sie mir, haben Sie viel Frauen gesehen, die solch frisch Farbe hatten und solch ein kleines Grächchen? Nein, nicht wahr? Nun, ich habe diesem Bild einer Frau das Leben geschenkt. Jetzt, wenn Sie sie glücklich machen, wird sie noch tausendmal schöner werden. Ich kann ruhig in der Hölle schmorn, lieber Nachbar, wenn es Sie nach meinem Platz im Paradies verlangt,

ich trete gern zurück. Wir wollen zu Tisch gehen“, rief er plötzlich, ohne überhaupt zu wissen, was er sagte. „Alles, alles gehört uns.“

„Dieser gute Vater!“ „Wenn du wüßtest, mein Kind“, sagte er, nahm ihren Kopf und küßte sie mitten auf ihre Flechten, „wenn du wüßtest, wie glücklich du mich um geringen Preis machen kannst! Besuche mich manchmal, ich werde oben sein, du brauchst nur einen Schritt zu machen. Versprich es mir, ja?“

„Ja, lieber Vater.“ „Sag's noch einmal.“

„Ja, mein guter Vater.“ „Genug, wenn ich nur an mich dächte, möchte ich es hundertmal von dir hören. Wir wollen zu Tisch gehen.“

Während des ganzen Abends wurden nur Kindereien gemacht, und Vater Goriot war wohl der Unvernünftigste unter den dreien. Er legte sich vor seiner Tochter auf die Erde, küßte ihre die Frühe, sah ihr lange in die Augen und rieb seinen Kopf gegen ihr Kleid. Der jüngste und jährlächste Liebhaber hätte nichts Zärtlicheres erfinden können.

„Sehen Sie, wenn mein Vater bei uns ist“, sagte Delphine zu Eugen, „belegt er uns ganz mit Beschlag. Das wird mitunter sehr störend sein.“

Eugen, der bereits wiederholt seine aufsteigende Eifersucht hatte bekämpfen müssen, konnte nicht widersprechen. Und doch lag in diesen Worten der Beginn der größten Unbanbarkeit.

„Und wann ist die Wohnung fertig?“ fragte Eugen und sah sich im Zimmer um. „Müssen wir uns heute abend wirklich trennen?“

„Ja, aber morgen kommen Sie zu mir zu Tisch“, sagte sie zärtlich. „Wir wollen zusammen in die Oper.“

„Ich will ins Parterre gehen“, rief Vater Goriot. (Fortsetzung folgt.)

erregten Einwohnerschaft gezwungen, die Tote in einem Karren nach Hause zu fahren. Da die Frau auch dem Begräbnis der Tochter fernblieb, hieß sie die Bevölkerung aus dem verschlossenen Haus, siehe sie auf einen Schubkarren und fuhr sie durchs Dorf.

„Grob bleibt mit Habsburgs Krone.“ Im letzten Heft des „Neuen Merkur“ erzählt Friedrich Burckhard: In Zürich spielte sich neulich ein lächerlicher Vorgang ab, der in einer mit wichtigeren Dingen wie zum Beispiel mit Vorbereitungen zu dringend nötigen neuen Kriegen beschäftigten Welt keine sonderliche Beachtung fand. Immerhin erregte es in einem vornehmen Hotel besagter Stadt unter den anwesenden Schiefern und Diplomaten einiges Aufsehen, als sie eines Abends einen betrunkenen Aristokraten durch die Säle taumeln sahen, der auf seinem Haupte eine schwere, funkelnde Krone trug, aus der die wertvollsten Juwelen allerdings schon herausgebrochen waren. Es sprach sich bald herum, daß man den Vermögensverwalter des ehemaligen österreichischen Kaiserhauses in eigener, wenigstens wenig ehrwürdiger Person vor sich hatte, Baron de Steiner mit Namen, und daß die Krone auf seinem schwankenden Haupte die veritable Krone Habsburgs war. Die Krone Karls V. — Romanenar überflüssig.

Ein 1000-Dollar-Preis für Kammermusik. Ein neuer Cooldge-Preiswettbewerb ist für das Jahr 1924 ausgeschrieben worden. Der Preis von 1000 Dollar wird verliehen für die beste Kammermusikkomposition für eine oder mehrere Violastimmen mit Begleitung von Streichinstrumenten. Letzter Termin für die Einbringung von Manuskripten ist der 15. April 1924. Instruktionen sind an Hugo Korischak, 1054 Lexington Avenue, New York City, zu richten.

Ein neunjähriges Mädchen geschändet. Aus Czernowitz wird berichtet: Dieser Tage wurde in einem hiesigen Hotel ein neunjähriges Mädchen geschändet. Ein Artist traf mit seiner Frau, seiner neunjährigen Tochter und seinem fünfjährigen Söhnchen aus Bukarest ein und blieb in einem Hotel ab. Am Abend entfernte sich der Artist mit seiner Frau aus dem Hotel, um in einem Restaurant zu speisen. Die Kinder legten sich schlafen und wurden vom Vater im Zimmer eingeschperrt. Raum hatten sich aber die Eltern entfernt, als aus dem Zimmer gellende Hilferufe erschollen. Mehrere Personen eilten auf diese Hilferufe herbei. Die Tür mußte gewaltsam geöffnet werden. Beide Kinder weinten und das Mädchen erzählte, daß es von einem Unbekannten geschändet worden sei. Der Polizei gelang es, den Übeltäter festzunehmen.

Beamtenhaus der Deutschen Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in Reichenberg. Die Deutsche Landeskommission teilt mit: Bekanntlich ist es in den nordböhmischen Städten schon durch viele Jahre geradezu unmöglich, zu einer entsprechenden Wohnung zu gelangen und es müssen die dorthin versetzten Beamten mit den unzulänglichen Unterkünten vorlieb nehmen und oft doppelten Haushalten führen. Dadurch, daß die Stadt Reichenberg im Botanischen Garten ein Beamtenhaus unter Ausnutzung der Begünstigung der staatlichen Beitragsleistung baut und dieses Haus in erster Reihe der Deutschen Landeskommission für die Beamtenchaft zur Verfügung stellt, ist die Meinung entstanden, als würde dieses Haus aus den Einnahmen der Deutschen Landeskommission gebaut. Es wäre dies eine vollständige Entstellung der Tatsache, die um so mehr dringender richtig gestellt werden muß, als es selbstverständlich ist, daß die gesamten Gelder der Landeskommission ausschließlich für Fürsorgewecke benötigt und ausgegeben werden müssen.

Selteneres. (Der untätige Curzon.) Die Ahnenverehrung der Chinesen bringt es mit sich, daß man dem Kindersegnen dort einen besondern Wert zuschreibt und daß jemand, der keine Nachkommen hat, nur geringe Achtung genießt. Das merkte der jetzige englische Außenminister Lord Curzon bei einer Unterredung mit dem chinesischen Staatsmann Li Hung Schang, von der er in seinem soeben erschienenen Reisebuch erzählt. „Mein Lieber“, sagte der Chinese zu ihm. „Sie sind etwa so alt wie der deutsche Kaiser. Dieser hat sechs Söhne. Wieviel haben Sie?“ „Ich habe erst mit 40 geheiratet, und muß Ihnen leider gestehen, daß ich bis jetzt keinen Sohn habe.“ Daraufhin Li Hung Schang mit dem Ausdruck größter Verwunderung: „Ja, aber was haben Sie denn die ganze Zeit getan?“

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Donnerstag fuhr in den Abendstunden ein Motorrad mit Beiwagen im fähnen Schwünge auf das Trottoir am Graben. Das promeniierende Publikum stob erstickt auseinander. Nach einer etwa 30 Meter langen Fahrt gelang es, den Wagen in der Hausflur des Cafés „Kontinental“ zum Stehen zu bringen. Wie durch ein Wunder wurde keiner der Passanten verletzt. Das Publikum nahm gegen den unvorsichtigen Fahrer eine so drohende Haltung ein, daß er von zwei herbeigezogenen Polizisten in Schutz genommen werden mußte. Der Fahrer redet sich aus, daß er auf dem glatten Pflaster das Rad nicht zum Stehen habe bringen können. — Der Rutscher Al. Vladik aus Břeclav fuhr gestern um 8 Uhr früh mit einem Bierwagen vom Karlsplatz in die Gerstengasse. Bei der Wiegung konnte er nicht schnell genug dem Motorwagen 63 der Strecke 2 ausweichen, so daß es zu einem Zusammenstoß kam. Dieser war so heftig, daß beide Pferde schwer verletzt wurden. Der Rutscher der neben dem Wagen ging, wurde auf das Pflaster geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen. Der Bierwagen wurde beinahe vollständig zertrümmert. Vladik wurde in die Klinik überführt. — Das Rodeln, Schlittschuhfahren und Schlittschuhlaufen auf den Straßen, Gassen und öffentlichen Wegen des Prager Polizeirayons ist verboten. Jedes Zuwiderhandeln wird streng bestraft.

Kleine Chronik.

Sind Reptilien zu dressieren? Hagenbeck hat das Wort geprägt, daß Reptilien die am schwersten zu dressierenden Tiere seien. Gute Behandlung mache auf sie keinen Eindruck. Hunger verjage bei ihnen auch nicht; denn sie seien durch ihre Konstitution in der Lage, Hunger oft monatelang zu ertragen. So, sie seien sogar daran gewöhnt. Und eine Züchtigung sei nach ihrer ganzen Gestalt ausgeschlossen. Wenn trotzdem bei ihnen eine Dressur möglich ist, so ist sie nur primitiver Natur, und fast regelmäßig auf den Einfluss von Musik zurückzuführen, die sie lieben. Besonders über die Schlange dreifarbige äußert sich neuerdings Aug. Wilhelm Mischwitz in der „Natur“. Schlangen sind für Wärme sehr empfänglich. Sie ringeln sich daher gern um den warmen Körper der „Beschwörer“. Köpfe harnloser Schlangen können kalte daher auch ruhig in den Mund nehmen, weil sie von der Wärme angelockt werden. Bewegungen, die einen Tanz darstellen sollen, bedeuten nichts weiter als nervöse Zustände. Wenn es den Anschein hat, als folge eine Schlange den Beschwörungen ihres Wändigers, so liegt hierin eine überaus geschickte Manipulation des letzteren: nicht die Schlange paßt sich den Bewegungen des Mannes an, sondern dieser den Bewegungen der Schlange. Diesen Anschein zu erwecken, bedeutet allerdings eine Kunst für sich. Tatsächlich gibt es aber auch Wändiger, die einen großen Einfluss auf die Reptilien auszuüben vermögen. Es sind aber nur wenige, die sich dieses Erfolges rühmen können, und diese Vorurteile bewahren das Geheimnis ihres Erfolges auf das strengste.

Gerichtssaal.

Der Mordführer Szabo als Mörder gebrandmarkt.

Wien, 7. Dezember. (Eigenbericht.) Vor den Wiener Geschworenen hatte sich heute der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ wegen einer Ehrenbeleidigung des Führers der berüchtigten Mordgruppe Alexander Szabo zu verantworten. Die „Rote Fahne“ hatte nach der Ermordung des Genossen Bizneder einen Szabo einen Mörder, Organisator des Mordes, Verbrecher und Schuft genannt. Die Geschworenen haben den Angeklagten einstimmig von allen vier Beleidigungen freigesprochen.

Ein Mieterstreit.

Prag, 7. Dezember. In den Mietkasernen draußen an der Peripherie der Stadt hat sich bisher die Anstellung eines „Portiers“ noch nicht behaupten können. Dort führt in den Häusern daszepter die Hausmeisterin, deren Mann nicht viel mitzureden hat. Er leistet nur Assistenten, wenn schwere Arbeiten zu verrichten sind. Für gewöhnlich läßt er sich überhaupt nicht blicken und er entschuldigt sogar seine Frau, wenn nicht sie, sondern er in der Nacht das Haus tor öffnen kommt. Die Frau aber ist im wahren Sinne des Wortes eine Hausmeisterin; daß sie das Befehlen versteht, darüber wissen die Mieter fast aller Imshäuser ein böses Lied zu singen. Ausnahmen fallen da fast garnicht in die Waagschale.

Im nachstehenden sei ein Fall erzählt, der ein so treffende Charakteristik jener — leider fast unermesslich gewordenen — Hausbesorgerin enthält, die vielerorts als „Mieterfresser“ bezeichnet wird. Daß dieser Fall im Gerichtssaal sein Ende fand, sei eine Warnung für alle diejenigen, die auf dem besten Wege dazu sind, „Mieterfresser“ zu werden. Dabei sei ausdrücklich betont, daß die Wiedergabe dieses Falles keine Beleidigung für alle jene unter den Hausmeisterinnen sein soll, die wegen ihrer milden Herrschaft unter den Mietern Hochachtung genießen. Es werden sich im Gegenteil die Mieter den Segen einer solchen Hausmeisterin um so mehr zu schätzen wissen, wenn sie erfahren, wie es den Bewohnern eines Hauses an der Peripherie von Prag XI erging.

Dieses Haus wurde erst vor einiger Zeit erhandelt und beherbergt 48 Parteien und natürlich die Hausmeisterin. Der Besitzer des Hauses wohnt in der Prager Altstadt und überläßt daher die ganze Sorge um sein Vermögen der Hausmeisterin. Diese hebt am Ersten jedes Monats den Mietzins ein, ist maßgebend für Reparaturen und Anordnungen und verfügt in ihrer Wohnung über alle Vorrichtungen, die gegebenenfalls die Wasser- und Lichtversorgung des Hauses, droffeln oder absperrn können.

Warum nannte man nun diese Hausmeisterin einen „Mieterfresser“? Die Frau, der nach ihrer Angabe, die Parteien „alles zu fleiß machen“, verstand es sich zu „rächen“ und den Parteien zu beweisen, daß sie die Herrin im Hause sei. Fürs erste durfte jede Partei nur einen Hauschlüssel besitzen. Die Mieter mieter bekamen prinzipiell keinen. Dann ließ sie die liebe Frau in der Nacht immer gehörig Zeit, bevor sie dem schon ungeduldig gewordenen und Sturm lärmenden Mieter das Haus tor öffnen konnte. Hatte es nun der Wartende zu arg geriechen oder wagte er es gar, sie nicht sehr freundlich zu empfangen, so konnte er sicher sein, daß seine Wasserleitung nicht einen Tropfen Wasser gab, wenn er endlich in seiner Wohnung im dritten oder vierten Stockwerk angelangt war. Am Stiegenhaus konnte er noch vom Glück reden, wenn er Händhölzel bei sich hatte. „Die Leitung funktioniert nicht“, berief sich ihn die Hausmeisterin gleich beim Haus tor. „Die Wasserleitung?“ — „meinte sie dann seelenruhig am nächsten Morgen — „die habe ich abgestellt, weil die Parteien am Abend zu viel Wasser verbrauchen durch das ewige Gebade.“ — Dabei gibt es im ganzen Haus nur vier Badezimmer im ersten Stock.

Bei diesen Verhältnissen darf es nicht wundernehmen, daß es einmal zum Raub kommen mußte. Eine im Hause wohnende Tänzerin kam einmal spät nach Hause. Es regnete in Strömen und doch verging eine Viertelstunde, bevor die Hausmeisterin mit dem Türschlüssel erschien. Die Tänzerin ließ sich diese Behandlung nicht gefallen, stellte die Hausmeisterin zur Rede, es folgte eine große Auseinandersetzung, in deren Verlaufe die Hausmeisterin das Wort „Surre“ gebrauchte. . . .

Im Verhandlungsaal drängten sich heute fast alle Bewohner des Hauses, die natürlich auf die Hausmeisterin alle nicht besonders gut zu sprechen waren.

Da die Hausmeisterin die Tänzerin nicht nur beschimpft, sondern auch etwas unsanft angefaßt hatte, verurteilte sie der Richter zu sechs Tagen Arrest.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Die Zerstörung der Weltwirtschaft.

Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Hilferding in Prag.

Ueber das obige Thema hielt Genosse Dr. Rudolf Hilferding (Berlin) am Donnerstag, den 6. Dezember in der Prager Urania einen Vortrag, der mit viel Beifall aufgenommen wurde. Der Gedankengang des Vortragenden war ungefähr folgender:

Der Kampf um den Weltmarkt, der eine der Ursachen des Weltkrieges war, hat mit der Zerstörung dieses Weltmarktes geendet. Die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist das Resultat. Wie jede Krise ist auch die jetzige Weltwirtschaftskrise eine Folge der Störung der Proportionalität, innerhalb der Produktionsfaktoren. Das Gleichgewicht zwischen den Produktionsfaktoren wird in den primitiveren Verhältnissen der Vorzeit erreicht durch bewusste Regelung. Auch in der feudalen Gesellschaft ist eine traditionelle Regelung der Wirtschaftsbeziehungen vorhanden, die sich nur langsam ändern. Dagegen gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft keine Tradition der Regelung der Wirtschaft. Die Wirtschaft wird automatisch geregelt durch den Markt, der sein Gesetz durch die Preisgestaltung erfährt. Zwischen den Produktionszweigen (Landwirtschaft, Ackerproduktion, die verschiedensten Industriezweige) besteht eine gewisse Proportionalität, die gewahrt bleiben muß. Diese Proportionalität ist nun durch den Krieg gestört worden. Die Kriegsindustrien haben sich übermäßig ausgedehnt, die Kohlen- und Metallproduktion (sowie die metallverarbeitenden Industrien) sind ausgedehnt, die eigentlichen Konsummittelindustrien eingeschränkt worden. Dazu kommt eine starke Verminderung der Urproduktion (Getreidebau). Das hat sich nicht allein auf internationaler Grundlage vollzogen, sondern auch im internationalen Maßstab, in der Weltwirtschaft. Die kriegführenden Länder verbrauchen ihre Produkte im Dienste der Zerstörung, die neutralen Länder steigerten ihre Konsumindustrien, ganze Absatzmärkte sind ausgeschaltet worden, ganze Länder hörten auf zu exportieren, andere Länder haben die Absatzmärkte erobert.

Dazu kommt noch, daß sich im Kriege eine außerordentliche Verschiebung in den Einkommensverhältnissen vollzogen hat. Der Krieg hat für das Kapital ganz außerordentliche Gewinnchancen gebracht. So wurden in der norwegischen Meereserei Gewinne bis zu 1800 Prozent, in der japanischen bis zu 2000 Prozent erzielt. Ebenso erging es einer ganzen Reihe von Industriezweigen. Woher stammen nun diese Gewinne? Der Käufer war der Staat, der den Kaufpreis aus Steuern oder Anleihen leistete, also aus dem Einkommen der gesamten Bevölkerung. Und diese Vermögensverschiebung setzt sich auch nach dem Kriege dort fort, wo der Geldverfall eintrat. Dieser hat eine Expropriation der Rentner, der Hypothekengläubiger und eines großen Teiles der Arbeiter zugunsten der Unternehmer nach sich gezogen. Das bedeutete eine Störung der Nachfrage und abermals eine Verschiebung in der Proportionalität der Produktionsfaktoren. Und auch das hat sich auf internationalem Maßstab vollzogen. Die kriegführenden Länder sind den neutralen tributpflichtig geworden. Während Europa früher der Gläubiger der Welt gewesen ist, wird er jetzt sein Schuldner.

Diese Vermögensverschiebung weist der Vortragende insbesondere an dem Beispiele der Vereinigten Staaten nach. In den fünf Jahren vor dem Kriege betrug der Einfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten drei Milliarden, in den fünf Jahren nach dem Kriege 20 Milliarden Dollar, also fast siebenmal so viel. 1922 befanden sich in Amerika 50 Prozent des gesamten Goldvorrates der Welt. Die neuen Gläubigerländer können die Zinsen von den Schuldnerländern natürlich nur in Waren erhalten. Diese Waren konvertieren nun mit den Waren der Gläubigerländer und die letzteren suchen sich durch Schutzzölle zu sichern. Sie zwingen dadurch die Gläubigerländer neue Absatzmärkte zu suchen, wodurch eine vollständige Veränderung aller bisherigen Handelsbeziehungen eintritt. Die im Kriege entstandenen Schulden sind aber von ganz unheimlicher Größe. Während alle Kriege von 1793 bis 1905 etwa 85 Milliarden Goldmark gekostet haben, hat der einzige Weltkrieg zehnmal so viel, nämlich 750 bis 850 Milliarden Goldmark gekostet. Vor dem Kriege betrug die Schulden aller Staaten etwa 100 Milliarden, nach dem Kriege 600 Milliarden Goldmark. Die Schulden der Alliierten an Amerika betragen 43 Milliarden, an England 36 Milliarden, Frankreich allein schuldet England und Amerika 25 Milliarden Goldmark. So wird die Schuldfrage eine der Hauptursachen der Zerrüttung der Weltwirtschaft.

Zu allem kommen noch die Veränderungen der Landkarte, die Zerreißung früherer zusammenhängender Wirtschaftsgebiete. Alle die neu entstandenen Staaten betreiben ihre eigene Handels-, Transport- und Zollpolitik, zu einer Hinderung des Verkehrs und der internationalen Handelsbeziehungen wird. Durch kolossale Schutzzölle mit einem ganzen System von Einfuhr-, Abgaben und Einfuhrkontingenten hat man dem Weltmarkt unübersteigbare Barrieren entgegengesetzt. Diese Wirtschaftspolitik kommt zum Ausdruck in zehn Millionen arbeitsloser Arbeiter im Jahre 1921, also etwa 10 Millionen einkommenloser Menschen (mit den millionenangehörigen), die aus der Produktion ausgeschaltet werden und unterstützt werden müssen.

Der Herd des wirtschaftlichen Chaos in Europa ist Deutschland, wo die latente Krise im letzten Jahre zu einer akuten Wirtschaftskrise wurde. Ursache ist die Ruhrbesetzung und die Folgen, die sich darin, daß es in Deutschland viererhalb Millionen arbeitsloser Arbeiter von 15 Millionen Arbeit überhaupt. Der Lebensstandard auch der Arbeiter aber ist ein furchtbarer. Im Oktober betrug der Arbeitslohn der Güter 33 Prozent des Friedensstandes, der Buchdrucker 18 Prozent, der Holzarbeiter 12 Prozent. Die Arbeitslosenunterstützung gar betrug nur ein Drittel bis ein Viertel dieses niedrigen Lohnes. Angesichts dessen ist in Deutschland heute jedwede häusliche Herd zu einem Herd des Aufruhrs geworden.

Wie ist dieser Krise der Weltwirtschaft nun abzuhelfen? Die Proportionalität der Produktionsfaktoren kann nur hergestellt werden durch eine neue Konjunktur, die möglich ist durch Erschließung des ostasiatischen Marktes durch den ökonomischen Neuaufbau Russlands und Südosteuropas und durch die Verbarmachung nach Amerika übergewanderten Kapitals zugunsten dieses Wiederaufbaues. Was diesen Wiederaufbau hindert, ist die ungeheure politische Unsicherheit Europas, die erst durch die Regelung des deutsch-französischen Streits beseitigt werden kann, und die Verhältnisse in Rußland.

Der Schwerpunkt der Geschichte hat sich nach dem Kriege in die angelsächsische Welt verlagert. Das ökonomische Übergewicht der beiden angelsächsischen Staaten muß auch politisch zum Ausdruck kommen. Die Wohlfahrt Englands ist in dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft aufs innigste verknüpft und so wird England genau so in Amerika zu einem realistischen Pazifisten gedrängt: der Befriedigung Europas unter Aufrechterhaltung der bestehenden Macht dieser beiden Imperien. Dem realistischen Pazifismus der angelsächsischen Reiche tritt nun die machtpolitische Orientierung Frankreichs gegenüber. Die Annäherung zwischen den beiden angelsächsischen Staaten, welche allein der Welt den wirtschaftlichen Frieden zu geben imstande ist, ist auf der Konferenz in Washington begonnen worden, wo sich beide Staaten über die Abrüstung und die Abgrenzung ihrer Machtphären einig geworden sind. Das ökonomische Interesse Englands und Amerikas orientiert sich politisch nur langsam nach Osten, aber die wirtschaftlichen Lebensbedingungen dieser beiden Staaten wirken doch auf die ganze Welt wie eine hydraulische Presse und werden trotz allem einen Zustand herbeiführen, der erst das wirkliche Ende des Weltkrieges bedeuten wird.

Goldgehälter der deutschen Staatsangestellten. Wie die Berliner Blätter melden, haben die Verhandlungen der Reichsregulierung mit den Organisationen der Reichs- und Staatsbeamten über Goldgehälter zu dem Ergebnisse geführt, daß mit Wirkung vom 1. Dezember ab, die Gehälter 5 Prozent des Vorkriegseinkommen betragen.

Affordsystem im Ruhrgebiet. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Essen meldet, wird an den Hüttenwerken in einem Anschlage der Verwaltung erklärt, daß beabsichtigt ist, in möglichst kurzer Zeit das ganze bestehende Entlohnungssystem aufzuheben und zum reinen Affordsystem zurückzuführen. Eine ähnliche Erklärung ist von Bochumer Verein gemacht worden.

Rentenmarktkredite. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, sind die Beratungen zwischen der Reichsbank und der Rentenbank wegen Gewährung von Rentenmarktkrediten an die Wirtschaft nun zum Abschluß gekommen. Die Kredite werden auf der Basis von zehn Prozent pro Jahr gegeben werden. Davon sollen der Rentenbank drei Zehntel und der Reichsbank sieben Zehntel zuzufallen. In Berlin dürften die ersten Kredite heute schon abgeschlossen werden.

Devilenturie.

Die tschechische Krone notiert in:
Prag 100.00
Wien 100.00
Berlin 100.00
Paris 100.00
London 100.00

Prager Kurze am 7. Dezember.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1817.00	1321.00
1 Billion Mar.	7.7750	7.9700
100 belg. Francs	160.25	161.75
100 schwed. Francs	603.75	606.25
1 Pfund Sterling	150.5000	152.0000
100 Lire	149.7500	151.7500
1 Dollar	1.4500	1.4800
100 franz. Francs	187.2500	186.7500
100 Dinar	39.0500	39.5500
10.000 magrar. Kronen	17.2750	17.4000
1.000.000 poln. Kronen	9.00	10.50
10.000 österr. Kronen	4.5500	5.0800

Kunst und Wissen.

„Doxine und der Zufall“, Lustspiel mit Musik von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterl, Musik von Jean Gilbert. (Kleine Bühne, 6. Dezember 1923.) Mit einer niedlichen Kammeroperette hat Donnerstag die neugewandelte „Kleine

Bühne" ihre Eignung auch für musikalische Aufführungen erweisen. Gilbert-Grünbaums „Zufalls-Spiel „Dorine und der Zufall“ könnte eine köstliche kleine Komödie sein, wenn es weniger naiv in der Handlung, starrer im Dialog und korrekter in der Deklamation wäre. Der „Zufall“, der Dorine vier Männern in die Hände spielt und sie immer mit einem vor den anderen kompromittiert, bis sie schließlich dem ersten „Zufalls“-Helden endgültig die Hand reicht, erweist sich in diesem Stück als glückliche Triebfeder lustspielmäßiger Situationen und Verwicklungen. Der besondere Vorzug des Wertes ist, trotzdem das omnidöse „Vetischen“ der modernen Bühne in konkreter und abstrakter Form eine maßgebende Rolle spielt, sein zwar nicht geistreicher, aber unaufdringlicher und diskreter Witz. Es gibt sich daher durchaus lebenswürdig zu erkennen, um so mehr, als auch Gilberts stotte, wenn auch nicht originelle Musik, die häufig melodramatisch ist und in neuartig reizvoller Weise hinter der Szene gespielt wird, immer diskret und fein wirkt. Die Ausführung verdient alles Lob. Eine Prachtleistung vor allem Herr Fr. Ferry als Dorine, die diese in Spiel, Ton und Gesang gleich dankbare Rolle zu den besten ihres Repertoires zählen darf. Auch die vier „Zufalls“-Liebeskandidaten Dorinens fanden in den Herren Gabel, Verstil, Kober und Bauer ausgezeichnete Vertreter; Herr Hörbiger als Musterfigur eines vielseitigen Bedienten ergänzte trefflich das glänzend zusammengespielte Ensemble. Besonderen Anteil an dem schönen Erfolge des Operettenspiels hatte auch die prächtige Ausstattung und Regie (Herr Stadler) sowie Kopellmeister Weigand.

Sonntag-Nachmittagsvorstellung „Wauwau“. Infolge Erkrankung des Herrn Walter Birschau mußte die für Sonntag nachmittags angeordnete Urania-Klassiker-Aufführung „Das Käthchen von Heilbrunn“ abgeändert werden. Es wird hierfür das Lustspiel „Der Wauwau“ gegeben. Die für die Urania-Vorstellung gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Weitere Kartenausgabe an der Tageskasse.

Erstaufführung von Max Nohrs Komödie „Improvisationen im Juni“. (Kleine Bühne) Dienstag, den 11. geht in der Kleinen Bühne die

dreiaktige Komödie „Improvisationen im Juni“ von Max Nohr zum erstenmal in Szene.

Neueinstudierung „Fidelio“. Sonntag, den 16. d. M. gelangt Beethovens „Fidelio“ neuinstudiert und in vollständig neuer Besetzung zur Ausführung. Kartenverkauf ab Dienstag.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag Verdis große Oper „Aida“; morgen Sonntag 11 Uhr „Zweites philharmonisches Konzert“, nachmittags halb 3 Uhr „Der Bauerwau“, abends „Mädi“; Montag die neuinstudierte D'Albert-Oper „Die toten Augen“; Dienstag „La Bohème“; Mittwoch Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer-Leopold Kramer „Die fünf Frankfurter“; Donnerstag neuinstudiert „Boccaccio“; Freitag der Operettenschwanz „Die schöne Mama“; Samstag „Cavalleria rusticana“, „Fajazzo“; Sonntag halb 8 Uhr Arbeitermehrvorstellung „Die Fledermaus“, abends neuinstudiert „Fidelio“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag, den 8., Montag, Mittwoch und Sonntag abends „Dorine und der Zufall“; Dienstag Erstaufführung von Max Nohrs „Improvisationen im Juni“; Donnerstag abends und Sonntag nachmittags „Der lächne Schwimmer“; Freitag „Improvisationen im Juni“; Samstag „Die deutschen Kleinstädter“.

Aus der Partei.

Kreis-Konferenz. Aufg. Morgen Sonntag, den 9. Dezember, 9 Uhr vormittags, im „Volkshaus“ in Aufg. außerordentliche Kreis-Konferenz mit folgender Tagesordnung: Unsere Parteipresse, Der Parteitag und Eventuelles.

Bereinsnachrichten.

Internationales Privatrecht in seiner Anwendung auf die Rechtslehre in den Rechtsangehörten. Der vom Verbands deutscher Rechtsanwälte in Böh-

men veranstaltete Vortrag des Präsidenten des österreichischen Abrechnungsgerichtshofes Univ.-Professors Dr. Gustav Waller (Wien) findet am 15. d. M., abends 7 Uhr, im Spiegelsaal des Deutschen Hauses statt. 2000

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Dr. Gruppe Prag II, Fügnerovo nám. 4. Mittwoch findet um halb 8 Uhr abends im Restaurant Kreuzel, Prag, Metazanka, eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: Angestellte an der Arbeit. Referent Gen. Franz Kirchof Reichenberg. 1991

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch
PRAG, Graben 25, Kl. Bazar. 1332

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ueberfledung. Die Advokatenkanzlei Dr. L. Winter und Dr. A. Nabl übersiedelte nach Prag II, Jungmannova 26, erster Hof, 2. Stock, Telephon Nr. 3018. 1988

Die Geburtsabteilung des Sanatoriums Sanopy nimmt Damen, die ihre Entbindung erwarten, in sorgfältiger, fachmännischer Pflege in zwei Klassen zu billigen Preisen. Nähere Informationen erteilt die Direktion. Tel. Nr. 31026, 3393, Smichow, Sanatoria, Endstation der elektrischen Straßenbahn Nr. 13. Auto zur Verfügung. 1994

Uebereilen Sie sich nicht, das Geld hat wieder Wert! Bevor Sie Weihnachts- und Neujahrs-geschenke einkaufen, überzeugen Sie sich bei unserer bestbekanntesten Firma, bei der Sie für einen ganz unbedeutenden Geldbetrag Ihre Familie belieiden können. Heute, wo die Nachkriegszeit uns abermals Sparmaßnahmen lehrt, ist es überflüssig, das schwerverdienete Geld für verschiedene unpraktische Geschenke hinauszuwerfen und darum besuchen Sie, wenn Sie geschmackvoll und elegant gekleidet sein wollen, die Prager Verkaufsstelle der mährischen Kleidergesellschaft „Mos“, nur Prag I, Celetna ul. 17, welche täglich ihr Fabriklager mit erstklassigen modernen Anzügen ergänzt und diese den Konsumenten direkt zu Fabrikpreisen verkauft. 1980

Eine große Sorge unserer Herren

war bis nun der Einkauf der Weihnachts- resp. Neujahrs-Geschenke für ihre Damen. Und wenn der Einkauf schon „glücklich“ besorgt war, wieviel Ärger und Enttäuschung oftmals nachher! Alles das erproben sich unsere Herren, wenn Sie statt wertlosen Kleinigkeiten ihren Damen einen eleganten Mantel, ein schickes Kostüm kaufen, denn welche Dame kann nicht immer noch einen Mantel, noch ein Kostüm brauchen? Wie und wo kauft aber der — in diesen Dingen oft ganz unerfahrene Herr? Der Name Busch genügt. Bei der Fa. Busch, Damen- und Kinder-Konfektion, in gros und in detail, Filkopy 27, großer Bazar, kauft das P. T. Publikum zu Fabrikpreisen die neuesten und elegantesten Modelle, wird fachkundig bedient, kann die fertige Ware aus einem riesigen Lager ausführen und an Probierdamen proben, sodass jede nachträgliche Enttäuschung hinsichtlich Passform, Reichtum etc. von vornherein ausgeschlossen ist.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß infolge Umbaus des Hauses an diesem sämtliche Firmatafeln über behördlichen Auftrag provisorisch entfernt werden mußten. Die Geschäftslokale der Fa. Busch befinden sich ausschließlich im 1. Stock, Eingang vom Haus, erste Etage rechts des Hauses Filkopy 27, Mitte Graben, unmittelbar neben der Böhmisches Unionbank. Schausfenster o. dgl. hat die Firma nicht. Wir sind überzeugt, daß das P. T. Publikum auf Grund dieser ge-

Turnen und Sport.

Festtagssportspiele. Pr a g: Heute: Sparta gegen Czechia Karlin, Slavia gegen Ruselky SK. Sonntag: Sparta gegen Gauteam, Slavia gegen Victoria Bifsen. Maffabi-Brünn hat das Spiel gegen Sparta abgesetzt. — DFC Prag spielt Sonntag in Bilsen gegen eine Gauelf, die aus den erstklassigen Vereinen Bifsens mit Ausnahme der Victoria zusammengesetzt ist. — Nach Spanien reisen am 18. Dezember Slavia und der DFC. Beide Expeditionen nehmen ihren Weg über Paris. Slavia spielt am 28. Dezember in Bilbao, der DFC in Saragossa.

nauen Angaben die Fa. Busch, die heute zweifelsohne die billigste und beste Bezugsquelle Prag für Damen- und Kinder-Konfektion ist, leicht finden wird.

Im Inseratenteil unserer heutigen Nummer veröffentlicht die Firma Busch einen Teil ihrer Erzeugnisse mit detaillierter Beschreibung und bedeutend reduzierten Preisen.

Heute hält die Fa. Busch den ganzen Tag über geöffnet.

Stadtpelze

lang, Mode- u. englische kurze Sportpelze. In feinsten Qualitäten nur mit echten Naturfellen, wie: Kamster, Opossum, Nutria u. a. erhalten Sie am billigsten bei der Firma

Stránský, Prag, Kuberenská. 1991



HERAUSGEBER: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: Dr. Emil Straub. DRUCK: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. FÜR DEN DRUCK VERANTWORTLICH: D. Holla.

Kinderkleider!
Sehr billig, Gelegenheitskauf für Weihnachtsgeschenke in allen Auslagen des Hauptgeschäftes des Spezialhauses **Ferd. Hirsch, Prag, Zelezná 14. 1908** zu besichtigen

HERREN-WASCHE
Glockenmarke
erstklassige Qualität
enthalten in allen Spezialgeschäften
FÜR **JOSEF FEIGL, WASCHE-ENGROS PRAG-VRSOVICE. 1907**

Kalla's Bratheringe
Fischkonserven, Bücklinge,
Zu beziehen durch die:
Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fügnerovo nám. 4.

Schlafzimmer
Zwei reine möblierte von ganztägig beschäftigtem Ehepaar gesucht. Zuschriften an die Verwalterin des Hauses mit „Josef Luitpold Stern.“ 2001

Parteiwerkstätten
Für die Kreisorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird ein

Umsonst
erhalten Sie mit Benutzung auf dieses Blatt franko zugesandt die neueste Preisliste der Fa. **NO. T. I. A. S. G. m. PRAG** Václavské nám. 23.

Insrieren Sie im „Sozialdemokrat“

Die schönsten, praktischsten und billigsten

Weihnachts-Geschenke

im

Modenhaus Schiller A.G.

PRAG. Filiale KARLSBAD.

Wollkleider komplettes Mass von	Kč 52'50	aufwärts
Seidenkleider " " "	Kč 78'—	"
Waschkleider " " "	Kč 26'55	"
Tanzkleider " " "	Kč 38'70	"
Kostüme " " "	Kč 89'25	"
Waschblusen " " "	Kč 11'80	"
Seiden- u. Samtblusen " " "	Kč 75'—	"
Hauskleider und Schlafröcke komplettes Mass von	Kč 35'60	aufwärts
Damenhemden mit Ajour und Stickerei . . von	Kč 22'50	"
Damennachthemden m. Handjour u. Stickerei v.	Kč 54'—	"
Bettgarnituren reich gestickt . . von	Kč 150'—	"
Damentaschentücher per 1 Dtz. weiß oder mit farbigem Rand . . . von	Kč 38'—	"
Kaffeegarnituren in allen Farben von	Kč 75'—	"
Weißer Tischtücher la. Damast von	Kč 30'—	"

Muster franko!

ALSO SCHÄTZ
darüber sind wir uns doch einig: wir trinken nur **TEE** **MARKE TEEKANNE**

Durch seine Saugfähigkeit ist er sparsam im Verbrauch u. erfreut Dich durch die Seidenmasse, mit denen Du Handarbeiten für das Preisverzeichnen vorfertigen kannst.

Bitte beachten Sie das Preisverzeichnen in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„Apec“ und „Morrell“
1801 Vertreter für die Ceboelowakel:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 4687

Das beliebteste Weihnachtsgeschenk ist eine **KRAVATTE**

800 Dtzd. neue Muster zu konkurrenzlosen Preisen soeben eingetroffen.

BINDER von 7.— bis 50.— Kč
MASCHEN „ 2.— bis 14.— Kč
REGATS „ 7.— bis 40.— Kč

V. POLLAK **VIGO** 1963 CELETNA 2

Smith Bros

Die beste amerikan. Schreibmaschine mit Kugellager und stillem Gang

Spezialhaus für moderne Büroeinrichtungen jed. Art

Giblan & Co., Prag II., Lucerna.
— Telefon 9032. —

Filiale Reichenberg, Gablonzerstr. 15.

Referenz Gec. für Gewerkschaften und Sekretariate Spezialofferte.

Übersiedlung!
Die Advokatenkanzlei **DR. L. WINTER** und **DR. R. RABL** übersiedelte nach 1923
Prag II., Jungmannova 26
erster Hof, II. Stock, Telefon Nr. 3318.

MOS Garderobe

für Herren-, Knaben- und Kinder

1970 Unerreicht in Eleganz, Qualität u. Schnitt in jeder Beziehung chic u. exquisit

Prag Telefon 31808 **Celetna 17**

Anlässlich des Umbaues und Erweiterung der Geschäftslokaleitäten veranstaltet die Firma

B. Fischel & Co., Prag

Želazná 18 Želazná 18

einen ganz speziellen

Weihnachts-Verkauf

von modernen Seidenstoffen für Kleider und Blousen, ferner Samten, Plüsch, Brokat, seidene und halbsidene Futterstoffen zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1971

NUR I. STOCK

Unsere neuen reduzierten Preise zum **Weihnachts- u. Neujahrs-Einkauf**

Einzig Verkauf zu Fabrikpreisen direkt an den Konsumenten. Größte und billigste Einkaufsquelle Prags!

Reval Kč 130.-	Damenkostüm aus Modestoff, gefüttert und mit Watteln.
Merlin Max Kč 170.-	Damenmantel aus Halbvelour, mit Biberplüsch gepulst.
Keva Dagmar Kč 230.-	Damenmantel aus kräftigem Double.
Radbot	Damenmantel aus englischem Stoff, mit großem Fellkragen
Riga Kč 360.-	Damen-Paletot aus Wildkatze-Imitation, dreiviertellang, ganz gefüttert.
Danton	Damenmantel aus Velour in Modefarben, Kragen, Manchetten und übriger reicher Aufputz aus Biber-Peluche, mit Futter und Watteln.
Rafael Kč 470.-	Damenmantel aus Velour in Modefarben, großer Kragen aus buntem Peluche mit Feh-Imitation gefüttert.
Roman	Damen-Paletot aus Biber-Peluche mit Modelfutter, dreiviertellang.
Nelson Kč 690.-	Damenmantel aus Prima Velour, in Modefarben, großer Kragen aus echtem Amer.-Opossum, mit Modelfutter und Wollwatteln.
Negri	Damen-Kostüm aus Ia. Tuch in Modefarben, Kragen, Manchetten und reicher Besatz aus Fell, sehr aparte Façon.
Marius Kč 720.-	Damenmantel aus Ia. Tuch in Modefarben, großer Kragen und Manchetten aus Fell, mit Modelfutter und Wollwatteln.
Jana	Damenmantel , Glockenfaçon, aus Ia. Winter-Raye, Kragen, Manchetten und Aufputz aus echtem Amer.-Opossum, mit Modelfutter und Wollwatteln.
Korymir Kč 870.-	Damenmantel aus Biber-Peluche in schwarz, braun, taupe, tête de negre, ganz mit Brokat-Cloth gefüttert.
Nora	Damenkostüm aus Ia. Rayé in allen Farben, Kragen, Manchetten und reicher Besatz aus echtem Amer. Opossum, modernste Façon.
Elga Kč 960.-	Damen-Cape-Mantel aus Ramagé, großer Kragen und Manchetten aus echtem Amer.-Opossum, sehr aparte Façon.
Milon Kč 1080.-	Damenmantel mit Serpentine-Volants (letzte Neuheit) aus hochfeinem Tuch, Aufputz aus echtem Persianer, auf Seide gearbeitet.
Lyda Kč 1180.-	Damen-Paletot aus englischen Seiden-Seal, dreiviertellang, auf Seide gearbeitet.
Magnus Kč 1290.-	Damenmantel aus hochfeinem Tuch mit großem Shawi-Kragen und Manchetten aus Fell, auf Seide gearbeitet, hochaparte Façon.
Mignon Kč 1370.-	Damenmantel , sehr elegant, mit reichem Aufputz auf echtem Persianer (Kragen, Manchetten u. Besatz).
Kelena Kč 1940.-	Damenmantel aus englischem Seiden-Seal, ganz auf Seide gearbeitet.
Keros Kč 2280.-	Damenmantel aus englischem Seiden-Seal, mit großem Kragen aus echtem Amer.-Opossum.
	Damenmantel aus englischem Seiden-Seal, Kragen und Manchetten aus Marder-Opossum, ganz auf Seide gearbeitet.
	Damenmantel aus englischem Seiden-Seal mit großem Shawi-Kragen u. Manchetten aus grauem Opossum.

Außer diesen Fasons stets reichhaltiges Lager vom billigsten bis zum feinsten Genre.

Freie Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang! Ganztägig, auch über Mittag geöffnet!

Der inserierte Name und der feste Preis sind auf jedem Stücke ersichtlich.

Damen-Bäckfisch- u. Kinder-Konfektion en gros en detail.

Prag, Příkopy 27. BUSCH Großer Bazar (Großes Glas-Durchhaus)

Nur I. Stock. Zentrum des Grabens (Příkopy) Nur I. Stock.

Eingang vom Hause. Unmitte bar neben der Böhm. Union-Bank Eingang vom Hause.

Keine Schauenster. Keine Schauenster.

ERSTE STIEG: RECHTS

Piering-essig ist der beste!

Hochwertiges Wasser + Kivi = ausgezeichnete Pindsuppe

zu haben in allen Konsum-Vereinen

1570

! ? Inserieren bringt stets Erfolg. ! ?